

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten
am 10./11. Mai 2009 in Potsdam



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

ded
Deutscher
Entwicklungsdienst

 **DEG**
KfW BANKENGRUPPE

gtz

inWent
Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH

 **kfw**
ENTWICKLUNGSBANK

Grußwort von Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sicherheit ist eines der zentralen Themen des 21. Jahrhunderts – in der Politik und den Medien weltweit. Dabei geht es um mehr als die Sicherheit vor Terror und Gewalt. Menschliche Sicherheit heißt auch, Menschen vor Hunger, Armut, Naturkatastrophen, lebensbedrohlichen Krankheiten und staatlicher Willkür zu schützen.

Entwicklungspolitik trägt dazu bei, globale Strukturen gerecht zu gestalten und Konflikte konstruktiv zu lösen. Armutsbekämpfung, Gesundheitsversorgung, Bildungsförderung oder Umweltschutz können Spannungen die Schärfe nehmen und wirken konfliktmindernd. Wir unterstützen unsere Partnerländer zudem dabei, Transparenz der politischen Entscheidungen zu schaffen und politische Reformen durchzuführen. Wir setzen uns für die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess ein und für die Menschenrechte. Wir engagieren uns für Gleichberechtigung und stärken Frauen und Mädchen. Entwicklungspolitik setzt auf die Menschen und die Entfaltung ihrer Chancen. So eröffnet Entwicklungspolitik Perspektiven und schafft menschliche Sicherheit.

Ich freue mich sehr, dass Sie sich für den Beitrag der Entwicklungspolitik zu Frieden und Sicherheit interessieren und an unserem Journalistenseminar teilnehmen. Ich wünsche Ihnen spannende Diskussionen, viele neue Einblicke und Ideen für Ihre Berichterstattung.

Ihre



PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

Inhalt

■ Handlungsfelder, Instrumente und Akteure der Friedensentwicklung	
Krisenprävention und Frühwarnung	5
Krisenbearbeitung in akuten Konflikten	6
Der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit nach Konflikten: Wiederaufbau und State-Building	7
Frieden fördern – die Zivilgesellschaft einbinden	7
■ Konflikte und Krisen in der Welt: Daten und Fakten	9
■ Der Standpunkt: Konflikte der Zukunft – Klimawandel als Sicherheitsrisiko (Kurzfassung)	12
■ Das deutsche Engagement in Afghanistan	
Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung	14
Schwerpunkte und Erfolge der bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Afghanistan	16
Bisherige Erfolge der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit (Beispiele)	17
■ Islamische Republik Afghanistan: Karte und Landesdaten	18
■ Infobox: Stationen des Friedensprozesses und des Wiederaufbaus in Afghanistan	19
■ Projektpräsentationen „Brennpunkte und vergessene Konflikte“	
1. „Brennpunkt Kongo“	20
- Zurück in die Gesellschaft: Ehemalige Kindersoldaten und junge Kriegsoffer im Ost-Kongo	20
- Schneller und spürbarer Wiederaufbau, DR Kongo	21
2. „Brennpunkt Afghanistan“	22
- Wirtschaftlicher Wiederaufbau: Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen	22
- Jenseits von Kabul: Entwicklungsorientierte Nothilfe und Wiederaufbau in Nordost-Afghanistan	23
3. „Vergessener Konflikt: Kolumbien“	24
- Gewaltprävention durch Stadtrandsanierung am Beispiel Bogotá	24
- Peace Brigades International: Internationale Präsenz und Schutzbegleitung in Kolumbien	25
4. „Vergessener Konflikt: Kambodscha“	26
- Versöhnung und Gerechtigkeit im Umfeld des Khmer Rouge Tribunals	26
- Ein Recht auf Grund und Boden: Landnutzungsrechte und Landverteilung in Kambodscha	27

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

Inhalt

■ Projektpräsentationen „Konflikte der Zukunft entschärfen“	
1. „Ressourcen gerecht verteilen“	28
- Sicherheit durch Transparenz: Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)	28
- Wasserversorgung und Wasserressourcenmanagement in der Region MENA (Middle East North and North Africa) am Beispiel Palästina	29
2. „Frauen in Konflikten stärken“	30
- Stärkung der Menschenrechte indigener Frauen, Ecuador	30
- Traumatisierte Frauen – Rückkehr in die Gesellschaft, DR Kongo	31
3. „Krisen- und Katastrophenvorsorge“	32
- Katastrophenvorsorge im südlichen Afrika	32
- Unterstützung von Konfliktfrühwarnsystemen in Afrika: ECOWAS und IGAD	33
4. „Jugendgewalt vorbeugen“	34
- „Jeder Schuss ist verloren“: Jugend, Gewalt- und Friedenskultur in Kolumbien	34
- Friedenserziehung für Jugendliche mit Medien, Ruanda	35
■ Die Rolle der Medien in Konflikten	36
■ Kultur als Stabilitätsfaktor – Musik, die versöhnt	37
■ Referentinnen und Referenten: Kurzportraits	39
■ Expertinnen und Experten der Projektpräsentationen	41
■ Organisation	
Moderation	42
Veranstalter	42
Veranstaltungsmanagement	45
■ Teilnehmerinnen und Teilnehmer	46
■ Rückmeldebogen	48

Die gesamten Materialien sowie Fotos stehen auch unter www.bmz.de/journalistenseminar2009 zur Verfügung.

Handlungsfelder, Instrumente und Akteure der Friedensentwicklung

Konflikte sind Bestandteil gesellschaftlicher Prozesse. Friedlich ausgetragen können sie positiven Wandel vorantreiben. Werden sie jedoch gewaltsam ausgetragen, bedrohen sie die Sicherheit und das Wohlergehen der Menschen. Entscheidend ist deshalb, die Fähigkeit der Gesellschaften zu stärken, auf konstruktive und friedliche Weise mit ihren Konflikten umzugehen. Die Begriffe Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung beziehen sich im Folgenden auf theoretisch definierte Konfliktphasen. In der Realität sind diese meist nicht klar abgrenzbar, die Übergänge sind fließend, vielfach existieren die verschiedenen Phasen nebeneinander in einem Land.

Krisenprävention und Frühwarnung

Konflikte haben vielfältige Ursachen. Diese zu erkennen und schon vor einem Gewaltausbruch anzugehen, ist eine wichtige Aufgabe der Entwicklungspolitik – aber nicht allein ihre: Nur ressortübergreifend und international koordiniert lassen sich Sicherheit und Frieden stärken.

Die **Millenniumserklärung der VN** vom September 2000 verdeutlicht: Entwicklung und Frieden sind untrennbar miteinander verbunden, kein Ziel kann ohne das andere erreicht werden. Deshalb betont sie: „Wir werden keine Mühen scheuen, unsere Völker von der Geißel des Krieges, ob Bürgerkriege oder Kriege zwischen Staaten, zu befreien, die im letzten Jahrzehnt über fünf Millionen Menschenleben gefordert haben.“

Wo kann Entwicklungspolitik präventiv ansetzen, um gewaltsame Konflikte zu verhindern? Zu den häufigsten Konfliktursachen gehören wirtschaftliche und soziale Ungleichheit – eine Bevölkerungsgruppe ist wohlhabender als andere, hat besseren Zugang zu Bildung und übt die entscheidenden gesellschaftlichen Funktionen aus. Oft sind dafür politische Strukturen verantwortlich: Konflikte entstehen dort, wo der Staat Gruppen benachteiligt oder gar verfolgt; oder wo er nicht einschreitet, wenn die Gesellschaft eine Minderheit ausgrenzt. Korruption, Menschenrechtsverletzungen sowie Parteilichkeit von Justiz und Behörden können die Menschen gegen die Staatsgewalt und gegeneinander aufbringen. Dies gilt vor allem, wenn sie keine Möglichkeit sehen, die Strukturen zu ändern. Soziale Gerechtigkeit und verantwortliche Staats- und Regierungsführung tragen zu einem stabilen, positiven Frieden bei. Armutsbekämpfung, die Förderung von verantwortlichem Staatshandeln und Friedenssicherung gehen Hand in Hand.

Die Bundesregierung versteht **menschliche Sicherheit** umfassend: Danach ist diese nicht allein die Abwesenheit von Gewalt. Menschliche Sicherheit umfasst vielmehr soziale, politische, wirtschaftliche und ökologische Aspekte.

Auch Streit um Rohstoffe, Land oder Wasser kann Kriege auslösen. Umweltzerstörung und Klimawandel verschärfen die Knappheit dieser Ressourcen. Umweltschutz, Unterstützung von Landreform oder Aufbau von Wasserversorgungssystemen kann also auch Krisenprävention sein. Jedoch wirken Armutsbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit – zum Beispiel im Rahmen von natürlichem Ressourcenmanagement, Wirtschaftsförderung und Dezentralisierung – nicht automatisch krisenpräventiv. Im Gegenteil: Programme, etwa zur Demokratisierung und Dezentralisierung, können zumindest kurzfristig Konflikte verschärfen. Deshalb gestaltet das BMZ alle seine Vorhaben grundsätzlich gemäß dem „Do No Harm-Prinzip“.

Das von der amerikanischen Ökonomin Mary B. Anderson aufgestellte **Do No Harm-Prinzip** bildet für Hilfe in Konflikten durch Außenstehende die mit Abstand wichtigste Regel. Unbeabsichtigte Folgen – zum Beispiel von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe –, die den Konflikt verschärfen, sollen erkannt, vermieden und abgefedert sowie friedensfördernde Maßnahmen verstärkt werden.

In der Bundesregierung besteht Konsens darüber, dass Sicherheitspolitik vor allem präventiv, also vorbeugend, ausgerichtet sein soll. Der Aktionsplan Zivile Krisenprävention und der Ende der 1990er Jahre geschaffene Zivile Friedensdienst (siehe unten) stellen wichtige Ansätze dazu dar.

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung gehören zusammen. Dieser Erkenntnis trägt der **Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“** der Bundesregierung vom 12. Mai 2004 Rechnung. Eine nachhaltige Konfliktprävention und -bewältigung muss die strukturellen Krisenursachen beseitigen – so der Grundgedanke. Ein umfassender, kohärenter Ansatz führt alle für den jeweiligen Konflikt wichtigen Maßnahmen – entwicklungspolitische, außen- und sicherheitspolitische, aber auch finanz-, wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische – zusammen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Zivilgesellschaft. Sie soll bei ihrer friedensfördernden Arbeit unterstützt werden. Der Aktionsplan stellt die Bedeutung der Vereinten Nationen, die Stärkung globaler Partnerschaften und die Durchsetzung internationalen Rechts heraus.

Wie funktioniert Frühwarnung?

Ein Krisenfrühwarnsystem ergänzt die Instrumente der Entwicklungspolitik zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Es ermöglicht, Krisenpotenziale zu identifizieren, langfristig zu beobachten und daraus vorbeugende Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Ohne „early warning“ kann es auch keine „early action“ geben. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ließ daher ein auf die Bedürfnisse der Entwicklungspolitik zugeschnittenes Frühwarnsystem entwickeln. Es wird seit 2000 angewendet und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt.

Ziele und Arbeitsweise der Krisenfrühwarnung

Die Krisenfrühwarnung identifiziert Länder mit Gewaltkonflikt-Potenzialen. Auf dieser Basis wird über präventives Handeln entschieden. Viele Informationen werden hierfür herangezogen, hervorzuheben ist das jährlich an das German Institute of Global and Area Studies (GIGA) in Auftrag gegebene System der Krisenfrühwarnung. Das BMZ wertet die Einschätzung der GIGA-Länderexperten und sonstige Informationen aus, beurteilt dann die Krisenpotenziale der Kooperationsländer und entwickelt schließlich Handlungsmöglichkeiten. Zum Beispiel könnte die das Partnerland betreffende Kooperationsstrategie angepasst werden. Auch müssen die Programme in Krisenländern mit einer Do No Harm-Prüfung versehen sein (siehe Box). Frieden und Sicherheit werden auch als vorrangiges Querschnittsthema in andere Schwerpunkte integriert, etwa in die Förderung von Good Governance, Dezentralisierung, Umweltschutz oder ländlicher Entwicklung, weil in vielen Ländern genau in diesen Bereichen die Konfliktlinien verlaufen. Zuweilen vereinbart das BMZ mit dem Partnerland, Friedensentwicklung und Konflikttransformation zu einem eigenen Schwerpunkt zu machen – so zum Beispiel in Guatemala, Kolumbien oder Timor Leste.

Krisenbearbeitung in akuten Konflikten

Nach dem Ende des Kalten Krieges änderte sich die Außenpolitik vieler Nationen. Die Großmächte unterstützten nicht länger Kriegsparteien in sogenannten Stellvertreterkriegen und die Weltgemeinschaft begann mit einer nachhaltigen Friedenssicherung. Zwar brachen in den 1990er Jahren doppelt so viele Konflikte aus wie in den 1980er Jahren. Jedoch wurden sie – anders als zuvor – meist frühzeitig durch Verhandlungen beendet. Die Zahl der bewaffneten Konflikte sank hierdurch seit Anfang der 1990er Jahre insgesamt um 40 Prozent – in vielen Fällen ein Verdienst des Engagements der internationalen Gemeinschaft. Deutschland hat durch seinen Einsatz in multilateralen Organisationen, besonders in den Vereinten Nationen, die Gespräche oft entscheidend voranbringen können. In den 1990er Jahren wurden erstmals mehr Kriege durch Diplomatie beendet als durch einen militärischen Einsatz.

In gewaltsamen Konflikten soll Entwicklungspolitik dazu beitragen, Gewalt einzudämmen und die Eskalation zu entschärfen. Dazu müssen gewaltlose Formen der Konfliktbearbeitung vermittelt oder gestärkt werden. Entwicklungspolitische Instrumente sind langfristig angelegt. Deshalb können sie in Situationen akuter Eskalation punktuell und gemeinsam mit den außenpolitischen Instrumenten wirken. Sie setzen an bei internationalen Initiativen zur Förderung von Rüstungskontrolle und Abrüstung, Demokratie- und Menschenrechtsförderung und bei konfliktrelevanten Rahmenbedingungen. Beispiele sind:

- Die Eindämmung unkontrollierter Verbreitung und des Missbrauchs von Kleinwaffen, indem relevante Gesetzesreformen unterstützt und internationale Kleinwaffenvereinbarungen umgesetzt werden.
- Die Unterstützung und Finanzierung von Reintegrationsmaßnahmen ehemaliger Kombattanten.

- Sicherheitssektorreformen.
- Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit: Rund 50 Prozent der Länder fallen binnen fünf Jahren nach einem Friedensschluss zurück in die Gewaltspirale. Zu dieser Präventionsstrategie gehören etwa Ernährungssicherung und Nothilfe, vertrauensstiftende Maßnahmen sowie eine psychologische Betreuung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen und von Gewalt.

Wichtig ist, dass die Arbeiten auf den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Ebenen ansetzen und miteinander verbunden werden. Unterschieden werden die oberste, politische/militärische Ebene, die zweite Ebene der Führungseliten in Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie die dritte Ebene der Zivilgesellschaft (Multi-Track-Ansatz).

Der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit nach Konflikten: Wiederaufbau und State-Building

Ein Verhandlungserfolg und selbst ein Friedensvertrag bringen jedoch nicht unbedingt dauerhaften Frieden, wenn sie die Konfliktursachen nicht lösen. Die meisten Kriege finden inzwischen nicht mehr zwischen Staaten statt, sondern zwischen bewaffneten Gruppen innerhalb eines Staates oder einer Region. Unter Bürgerkriegen leidet die Zivilbevölkerung meist stark. Die Kämpfer zerstören bewusst Schulen, Wohn- und Krankenhäuser. Kinder werden häufig als Kindersoldaten zu Tätern gemacht. In vielen Kriegen wird systematische Vergewaltigung als Kriegswaffe eingesetzt: Frauen und Mädchen werden hier zum Gegenstand brutaler Überfälle von Kriegsparteien. Es entstehen komplexe Konfliktsysteme, wenn etwa Nachbarstaaten oder mit den Kriegsparteien sympathisierende Gruppen von außen eingreifen. So kann eine ganze Region destabilisiert werden.

In den Friedensprozess selbst werden häufig nicht alle Betroffenen einbezogen, was die Erfolgsaussichten des Friedensprozesses mindert. Besonders Frauen – obwohl sie gerade in Krisen und Konfliktzeiten die Hauptlast zu tragen haben – werden bei Friedensverhandlungen oft nicht beteiligt. Deutschland setzt sich daher für das Einbeziehen von Frauen in allen wichtigen Bereichen der Kommissionen für Friedenskonsolidierung ein, zum Beispiel in Sierra Leone und Burundi.

Zur Friedenskonsolidierung gehört beispielsweise die Friedenserziehung. Workshops, die Toleranz zwischen befeindeten Gruppen vermitteln, leisten diese Aufgabe genauso wie Initiativen, die mit den Menschen ihre Traumata und Geschichte aufarbeiten. Eine der größten Herausforderungen der Friedenskonsolidierung ist es, ehemalige Kämpfer und Kämpferinnen wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Nach der Entwaffnung und Demobilisierung müssen Ex-Kombattanten sozial und wirtschaftlich wieder Fuß fassen können. Hiermit verknüpft ist auch das Thema Jugendgewalt mit ihren vielfältigen Ursachen: Sie reichen vom Zerfall familiärer Strukturen über fehlgeleitete männliche Rollenidentifikation bis hin zu schwacher Rechtsstaatlichkeit und ungenügender Durchsetzungsfähigkeit des staatlichen Gewaltmonopols.

Eine Voraussetzung für dauerhaften Frieden ist, dass die Nachkriegsgesellschaft ein neues Gleichgewicht findet. Das wird unter anderem durch juristische und politische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Entschädigung der Opfer gefördert. Deutschland unterstützt zum Beispiel die Arbeit von Wahrheits- und Menschenrechtskommissionen sowie das juristische Aufarbeiten von Unrecht, das in Kriegen begangen wurde.

Frieden fördern – die Zivilgesellschaft einbinden

Auch die nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit spielt in der Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung eine besondere Rolle: Zentrales Instrument der Friedensförderung ist der Zivile Friedensdienst (ZFD). Das Besondere daran ist, dass zivilgesellschaftliche Gruppen und staatliche Organisationen zusammenarbeiten. Die gewaltfreie Konfliktbearbeitung steht dabei im Vordergrund. Das Ziel ist, dass die Konfliktparteien nicht zu den Waffen greifen. Dieser Ansatz ist wesentlich effizienter als der Einsatz militärischer Mittel nach Ausbruch von Kriegen – auch angesichts der Kosten militärischer Einsätze im Ausland. Zudem kann Frieden den Konfliktparteien nicht langfristig aufgezwungen werden, sondern muss durch zivile Mittel entwickelt werden.

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

Der ZFD setzt berufserfahrene Frauen und Männer für mindestens zwei Jahre in einer Konfliktregion ein. Zum Beispiel bauen Psychologinnen und Pädagogen des ZFD Beratungsstellen für traumatisierte Kriegsoffer auf. Sozialwissenschaftler und Geografinnen veranstalten Workshops zu gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Journalisten beraten Menschenrechtsorganisationen, wie sie Medien für sich nutzen können. Auswahl und Entsendung übernehmen Entwicklungsdienste wie die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, der Evangelische Entwicklungsdienst oder der Weltfriedensdienst sowie als staatlicher Träger der Deutsche Entwicklungsdienst (DED). Die Kosten trägt das BMZ. Diese Aufgabenteilung ermöglicht, speziell qualifizierte und hoch motivierte Expertinnen und Experten als Entwicklungshelfer in Krisenregionen einzusetzen. Bis Ende 2007 wurden für mehrjährige Einsätze insgesamt über 380 Friedenfachkraft-Stellen in 43 Ländern mit einem Volumen von rund 129 Millionen Euro bewilligt.

Das BMZ gründete gemeinsam mit nichtstaatlichen Trägern, Vertretern der Wissenschaft und der Durchführungsorganisationen 2001 die **Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt)**, um die Friedensförderung in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit besser zu verankern. Gemeinsame Lernprozesse, Kompetenzaufbau und Vernetzung der Mitglieder sind zentrale Aufgaben von FriEnt.

Konflikte und Krisen in der Welt: Daten und Fakten

Gewaltkonflikte weltweit

- Im Jahr 2007 wurden nach Untersuchungen der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) weltweit 28 Kriege und 14 bewaffnete Konflikte gezählt. Damit liegt die Zahl der Kriege und Gewaltkonflikte in 2007 auf dem niedrigsten Niveau seit 15 Jahren.
- Die Weltbank führt für 2006 26 fragile Staaten auf, 15 davon in Afrika. Kennzeichen fragiler Staaten sind eine defizitäre Verwaltung, verbreitete Korruption sowie fehlende Rechtsstaatlichkeit. Fragile Staaten sind besonders konfliktanfällig.
- Der „Funds for Peace“ ordnet auf seinem Failed States Index 2008 anhand von zwölf sozialen, politischen und ökonomischen Indikatoren 35 Staaten in die kritischste Kategorie „alert“ ein.
- Über 90 Prozent der Konflikte werden in Entwicklungsländern ausgetragen. Mehr als 20 der 34 ärmsten Länder der Welt sind von bewaffneten Konflikten betroffen.
- Die Hälfte der Partnerländer des BMZ sind Post-Konfliktländer bzw. Länder mit Konfliktpotenzialen. Die Schnittmenge von Partnerländern, die 2008 sowohl Krisenpotenziale als auch akute Symptome von fragiler Staatlichkeit aufweisen, liegt bei rund 75 Prozent.
- In den letzten 15 Jahren haben innerstaatliche Gewaltkonflikte traditionelle zwischenstaatliche Kriege abgelöst. Diese sind häufig Folge von wirtschaftlicher, politischer und sozialer Ungleichheit, Strukturschwächen der Wirtschaft und der Privilegierung bestimmter Gruppen.
- Laut Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung wurde 2005 in Afrika mit sechs Konflikten (alle innerstaatlich) der niedrigste Stand seit 20 Jahren erreicht. 2007 gab es wieder neun kriegerische Auseinandersetzungen, 2008 stieg die Zahl auf zwölf, darunter drei Kriege (Heidelberger „Conflict Barometer 2008“).
- Die OECD schätzt die Durchschnittskosten eines Bürgerkrieges auf 65 Milliarden US-Dollar. Dabei werden eine Kriegsdauer von sieben Jahren und eine 14-jährige Wiederaufbauperiode zugrunde gelegt. Die Kosten enthalten 49 Milliarden US-Dollar Militärausgaben und ökonomische Verluste, 10 Milliarden Wiederaufbauausgaben sowie fünf Milliarden Gesundheitskosten.
- Bewaffnete Gewalt gefährdet das Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs). Bürgerkriege und AIDS-Epidemie verhindern etwa in Subsahara-Afrika eine Reduktion der Kindersterblichkeit (MDG 4), so die Weltbank in ihrem Global Monitoring Report 2008. Das jährliche Wirtschaftswachstum sinkt in Kriegsländern um 2 Prozent des BIP. Diese reduzierten Wachstumsraten bleiben auch lange nach der Waffenruhe bestehen.

Kinder in bewaffneten Konflikten

- In den vergangenen zehn Jahren wurden mehr als sechs Millionen Kinder durch bewaffnete Konflikte schwer verletzt; über zwei Millionen Jungen und Mädchen wurden getötet, etwa eine Million Kinder unter 18 Jahren verloren ihre Eltern. 20 Millionen Kinder mussten von zu Hause flüchten.
- Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) schätzt die Zahl der Kindersoldaten in Regierungsarmeen oder bewaffneten Gruppen auf 250.000. Die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten tritt in mindestens 86 Staaten und Regionen auf. Überwiegend handelt es sich um Zwangsrekrutierungen Minderjähriger. Manchmal führen Armut und Perspektivlosigkeit dazu, dass sich die Kinder den Truppen freiwillig anschließen. Mädchen stellen etwa 30 Prozent der Kindersoldaten. Oft sind sie sexueller Gewalt ausgesetzt.
- Ende 2007 wurden Kindersoldaten laut Weltreport 2008 der „Coalition to Stop the Use of Child Soldiers“ in 17 Konflikten direkt eingesetzt.

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

- Deutschland unterstützt in 25 Ländern die Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kindersoldaten in ein ziviles Leben. Schwerpunkt der über 40 Maßnahmen bildet Afrika. Beispiele für das deutsche Engagement sind Angola, Äthiopien, Eritrea, Mosambik, Sierra Leone und mehrere Länder in der Region der Großen Seen.
- 120 Staaten haben bis 2008 das Fakultativprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten unterzeichnet und ratifiziert, so auch Deutschland.

Kriegsopfer

- Jedes Jahr sterben nach Angaben der OECD auf der Welt rund 740.000 Menschen direkt oder indirekt durch Waffengewalt, mehr als 490.000 davon in Nicht-Konflikt-Ländern.
- In Gewaltkonflikten sterben im Verhältnis zu den gefallenen Soldaten immer mehr Zivilpersonen. Dies ist oft sogar Bestandteil der Kriegsstrategie. Waffen wie Landminen und Streubomben unterscheiden nicht zwischen Zivilisten und Militär.

Rüstung, Abrüstung und Waffenproliferation

- Deutschland übernahm eine Vorreiterrolle beim Erarbeiten der Ottawa-Konvention vom Dezember 1997, die Antipersonenminen weltweit verbietet. Seit 1992 förderte Deutschland zur Minen- und Kampfmittelräumung Projekte in 38 Ländern unmittelbar mit rund 170 Millionen Euro und gehört damit zu den größten Gebern weltweit. Allein im Jahr 2008 unterstützte Deutschland Kampfmittelräumprojekte in 21 Ländern mit rund 17,5 Millionen Euro.
- 107 Staaten, darunter Deutschland, haben die Konvention zum Verbot von Streumunition im Dezember 2008 in Oslo unterzeichnet. Diese tritt nach der 30. Ratifikation in Kraft. Der Vertrag verbietet Einsatz, Entwicklung, Produktion, Lagerung und Transfer von Streumunition.
- Es gibt mindestens 640 Millionen Schusswaffen auf der Welt. Etwa 200 Millionen sind dem staatlichen Militär und 26 Millionen den Strafverfolgungsbehörden zuzuordnen. Etwa zwei Drittel der Schusswaffen befinden sich außerhalb staatlicher Kontrolle. Hierauf weist „small arms survey“, ein in Genf angesiedeltes internationales Forschungsprojekt zum Thema Kleinwaffen, hin.
- Deutschland hilft verschiedenen Partnerländern bei der Kleinwaffenkontrolle, die die Ergebnisse der ersten UN-Kleinwaffenkonferenz vom Juli 2001 umsetzen. Neben dem Aufbau institutioneller nationaler Strukturen unterstützt Deutschland afrikanische Regionalorganisationen bei ihrem Kampf gegen den Missbrauch von Kleinwaffen.
- Regierungen gaben nach Angaben des Stockholmer Instituts zur internationalen Friedensforschung (SIPRI) 2007 weltweit etwa 1.339 Milliarden US-Dollar für Rüstung aus (202 US-Dollar pro Kopf). Die Kosten für das weltweite Erreichen der MDGs werden auf 20 US-Dollar pro Kopf und Jahr geschätzt.

Flüchtlinge und Internally Displaced People (IDP)

- Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) betreut weltweit etwa 11,4 Millionen Flüchtlinge (Stand Ende 2007). 4,6 Millionen palästinensische Flüchtlinge in Jordanien, dem Libanon, Syrien und den besetzten Palästinensergebieten kommen noch hinzu. Sie werden gesondert vom UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNWRA) betrachtet. Die Gesamtzahl der von Flucht betroffenen Personen liegt nach Schätzungen allerdings weit darüber.
- Knapp zwei Millionen und damit ein Sechstel der Flüchtlinge unter UNHCR-Mandat weltweit kommen aus Afghanistan. Es folgen der Irak mit 2,3 Millionen Flüchtlingen, der Sudan (523.000), Somalia (455.000), Burundi (376.000) und die Demokratische Republik Kongo (370.000).

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

- 26 Millionen sogenannte „Internally Displaced People“ (IDP), Flüchtlinge im eigenen Land, wurden 2007 gezählt. Dies ist der höchste Wert seit dem Höhepunkt in der ersten Hälfte der 90er Jahre, als das ehemalige Jugoslawien und die Sowjetunion sich auflösten. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet die Zahl eine Zunahme um 6 Prozent oder 1,5 Millionen Menschen.
- 12,7 Millionen der Binnenflüchtlinge leben in 19 afrikanischen Ländern.
- Die meisten IDP gibt es im Sudan (4,9 Millionen), in Kolumbien (bis zu 4,4 Millionen), im Irak (2,8 Millionen), in der DR Kongo (1,4 Millionen), Somalia (1,3 Millionen) und in Uganda (1,27 Millionen).
- 3,7 Millionen Menschen wurden in 2007 vor allem aufgrund interner Konflikte neu vertrieben. Dies waren 400.000 weniger als 2006. Die meisten neuen IDP gab es im Irak, in Somalia, in Pakistan und in der DR Kongo.
- 200 Millionen Menschen könnten bis zum Jahr 2050 gezwungen sein, ihre Heimat aufgrund der Folgen des Klimawandels zu verlassen. Dies konstatiert der 2006 veröffentlichte „Stern-Report“ über die Folgen der globalen Erwärmung des ehemaligen Weltbank-Chefökonom Sir Nicholas Stern.
- Wissenschaftler der Universität Hamburg gehen davon aus, dass sich bereits heute mehr als 20 Millionen Menschen auf der Flucht vor den direkten oder indirekten Auswirkungen des Klimawandels befinden.

Nach dem Konflikt – Frieden?

- In Nachkriegsgesellschaften ist das Risiko eines erneuten Konfliktes durchschnittlich zehnmal höher als vor dem Krieg: Laut UN brach die Hälfte der in den vergangenen 20 Jahren beigelegten Konflikte binnen fünf Jahren wieder aus.
- Das Risiko eines wiederholten Konfliktes ist laut OECD besonders stark, wenn viele junge Menschen (mehr als 60 Prozent der Gesamtbevölkerung) in dem Land leben, die Erwerbslosigkeit hoch ist und große Bevölkerungsgruppen anhaltend entwurzelt sind.
- Die Analyse von 66 Post-Konflikt-Situationen durch das Zentrum für Afrikanische Wirtschaft an der Universität Oxford zeigte, dass internationale Maßnahmen der Friedenssicherung das Risiko eines Rückfalls deutlich senken.
- Vermittlungen zwischen den Konfliktparteien durch Dritte beenden etwa ein Drittel der Kriege, während nur knapp ein Fünftel der Kriege durch militärischen Sieg des Angreifers entschieden wird. 40 Prozent der erfolgreich durch Vermittlung beendeten Konflikte sind das Verdienst der Vereinten Nationen, so die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF).

Der Standpunkt: Konflikte der Zukunft – Klimawandel als Sicherheitsrisiko (Kurzfassung)

Prof. Dr. Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Der Klimawandel wird ohne entschiedenes Gegensteuern bereits in den kommenden Jahrzehnten die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern, so die Kernbotschaft des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU) in der Risikoanalyse „Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel“ 2007. Daraus könnten Gewalt und Destabilisierung erwachsen, die die nationale und internationale Sicherheit erheblich bedrohen. Der Klimawandel könnte die Staatengemeinschaft aber auch zusammenführen, wenn sie ihn als Menschheitsbedrohung versteht und durch eine energische und weltweit abgestimmte Klimapolitik einen gefährlichen anthropogenen Klimawandel wirksam unterbindet. Gelingt dies nicht mehr, drohen vielfältige Verteilungskonflikte in und zwischen Ländern: um Wasser, um Land, um „Klimaflüchtlinge“ oder um Kompensationszahlungen zwischen den wesentlichen Verursachern und den Ländern, die vor allem von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein werden.

Um dies zu vermeiden, muss ein wirkungsvolles globales Klimaschutzregime in den kommenden zehn bis 15 Jahren erreichen, dass der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen bis zur Jahrhundertmitte halbiert wird. Diese enorme Herausforderung entsteht parallel zu weltpolitischen Machtverschiebungen, die insbesondere durch den Aufstieg Chinas und Indiens geprägt sein werden. Daraus erwachsende Turbulenzen im internationalen System könnten notwendige Erfolge in der globalen Klimapolitik erschweren. Die EU muss auch deshalb eine Vorreiterposition in der globalen Klimapolitik einnehmen und sowohl die USA als auch die neuen Mächte Asiens von der Bedeutung einer gemeinsamen Kraftanstrengung zur Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels überzeugen.

Der WBGU fasst den derzeitigen Wissensstand zu dieser neuen sicherheitspolitischen Herausforderung auf Grundlage der Erkenntnisse der Umweltkonflikt- und Kriegsursachenforschung sowie der Klimafolgenforschung zusammen. Auf dieser Grundlage wagt er einen Blick weit in die Zukunft, um die sich anbahnenden Wirkungen des Klimawandels auf Gesellschaften, Nationalstaaten, Weltregionen und das internationale System abzuschätzen. Klar ist, dass der anthropogene Klimawandel erst am Anfang steht. Seine Auswirkungen werden in den kommenden Jahrzehnten stetig zunehmen. Daher werden:

- Erstens bestehende Umweltkrisen wie Dürren, Wasserknappheit und Bodendegradation verschärft. Landnutzungskonflikte könnten so verstärkt werden und zusätzliche Umweltmigration auslösen. Die globale Erwärmung wird die Existenzgrundlage vieler Menschen insbesondere in den Entwicklungsregionen gefährden, die Anfälligkeit für Armut und soziale Verelendung erhöhen und damit die menschliche Sicherheit bedrohen. In schwachen und fragilen Staaten mit leistungsschwachen Institutionen dürfte zudem die Anpassungsfähigkeit an sich verändernde Umweltbedingungen überfordert und damit bereits bestehende Unsicherheit in den betroffenen Gesellschaften verstärkt werden. Je stärker der Klimawandel ausfällt, desto größere Sicherheitsrisiken sind zu erwarten.
- Zweitens neuartige Konfliktkonstellationen dadurch entstehen, dass der steigende Meeresspiegel sowie Sturm- und Flutkatastrophen zukünftig dicht besiedelte Küstenregionen bedrohen könnten und das Abschmelzen der Gletscher die Wasserversorgung zum Beispiel in den Anden- und Himalayaregionen gefährden und zu Wasserkonflikten führen könnte.
- Drittens, im Falle ungebremsen Klimawandels großskalige Änderungen im Erdsystem denkbar (zum Beispiel Austrocknen des Amazonas, Ausbleiben des Monsuns), was unkalkulierbare Auswirkungen auf die betroffenen Regionen und Gesellschaften hätte.

In der Gesamtschau hält der WBGU zwar klimainduzierte Kriege für unwahrscheinlich. Der Klimawandel dürfte jedoch nationale und internationale Verteilungskonflikte auslösen und verschärfen sowie schwer beherrschbare Probleme des Staatenzerfalls, erodierender gesellschaftlicher Ordnung und steigender Gewaltneigung vergrößern. Dies könnte eine Destabilisierung besonders betroffener Regionen bewirken und die Ausbreitung diffuser Konfliktstrukturen befördern. Solche Dynamiken drohen das etablierte Global-Governance-System zu überfordern und die internationale Stabilität und Sicherheit zu gefährden.

Klimawandel verstärkt Mechanismen, die zu Unsicherheit und Gewalt führen

Politische Instabilität und Konflikte

Gesellschaften im Übergang von autoritären zu demokratischen Gesellschaftsformen sind besonders krisen- und konfliktanfällig. Der Klimawandel wird viele derjenigen Länder treffen und unter gesellschaftlichen Anpassungsdruck setzen, die sich in solchen Übergangsphasen befinden. Dieser Zusammenhang könnte zum Beispiel für viele afrikanische Länder, aber auch für China von Bedeutung sein.

Schwache Governance-Strukturen und Konflikte

In den derzeit etwa 30 schwachen und fragilen Staaten, die durch eine nachhaltige Schwächung oder gar Auflösung staatlicher Strukturen charakterisiert sind, sind gewalttätige Konflikte sehr häufig anzutreffen. Die Wirkungen des Klimawandels betreffen insbesondere solche Weltregionen, in denen schon heute Staaten mit schwachen Steuerungs- und Problemlösungskapazitäten dominieren. Der Klimawandel könnte also zu einer weiteren Verbreitung des Phänomens der schwachen und fragilen Staaten führen und somit die Wahrscheinlichkeit von Gewaltkonflikten erhöhen.

Wirtschaftsleistung und Konfliktneigung

Empirische Untersuchungen zeigen, dass arme Länder deutlich konfliktanfälliger sind als wohlhabende Gesellschaften. Der Klimawandel wird gerade in Entwicklungsländern zu spürbaren ökonomischen Kosten führen: Einbrüche bei der landwirtschaftlichen Produktion, Extremwetterereignisse und Migrationsbewegungen können die wirtschaftliche Entwicklung hemmen. Klimawandel kann also Entwicklungsblockaden und Armut verstärken und über diesen Mechanismus die Konfliktgefährdung von Gesellschaften steigern.

Demographie und Konflikt

Wo hohes Bevölkerungswachstum, große Bevölkerungsdichte, Ressourcenknappheit (landwirtschaftliche Flächen, Wasser) und niedriges ökonomisches Entwicklungsniveau zusammentreffen, steigt die Konfliktgefahr. Der Klimawandel wird in vielen Ländern und Regionen, die bereits heute durch hohes Bevölkerungswachstum, große Bevölkerungsdichte und Armut charakterisiert sind, zusätzlich die Ressourcenknappheit verschärfen und somit die Konfliktgefahr erhöhen.

„Ansteckungsgefahr“ in Konfliktregionen

Konflikte wirken „ansteckend“: Zunächst lokal oder national begrenzte Konflikte destabilisieren oft Nachbarländer, zum Beispiel durch Flüchtlingsbewegungen, Waffenhandel oder den Rückzug von Kombattanten. Die gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels können Grenzen überschreiten und daher leicht zur Ausweitung von Krisen- und Konfliktregionen führen.

Das deutsche Engagement in Afghanistan

Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung

Der Einsatz der internationalen Gemeinschaft für Afghanistan und damit auch das Engagement der Bundesregierung dient dem Ziel, Afghanistan in einem schwierigen regionalen Umfeld zu stabilisieren und aufzubauen. Die Bundesregierung unterstützt die afghanische Bevölkerung dabei, ihre Lebensbedingungen zu verbessern sowie den staatlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau fortzusetzen und abzusichern. Dieser Aufbauprozess soll mit einer staatlichen Ordnung enden, welche die fundamentalen Voraussetzungen politischer Legitimität erfüllt, sich also auf die große Mehrheit der afghanischen Bevölkerung stützen kann. Sie muss über effektive Sicherheits- und Justizorgane verfügen, um sich selbst gegen die verbleibenden Gefahren des Terrorismus und der organisierten Kriminalität schützen zu können. Ebenso zentral sind wirtschaftlicher und sozialer Wiederaufbau und Entwicklung – als Selbstzweck sowie als nachhaltiges Fundament für die Stabilisierung des Landes.

Die Herausforderungen bei der Stabilisierung und Entwicklung Afghanistans sind enorm: Afghanistan bleibt eines der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Positiven Entwicklungen in einigen Bereichen (zum Beispiel Bildung, Gesundheit, makroökonomische Stabilität) stehen die instabile Sicherheitslage, Drogenwirtschaft und Korruption entgegen. Bedeutende Weichen für die Zukunft des Landes werden bei den für 2009 und 2010 geplanten Präsidentschafts- bzw. Parlamentswahlen gestellt. Der afghanische Staat wird jedoch auf absehbare Zeit erheblich von finanzieller Unterstützung abhängig bleiben. Zurzeit werden rund 70 Prozent des Staatshaushalts und 90 Prozent der öffentlichen Investitionen durch Geber finanziert.

Gemeinsame Verantwortung, aber unterschiedliche Verantwortlichkeiten

In Afghanistan engagieren sich neben dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) noch vier weitere Bundesressorts: das Auswärtige Amt (AA), das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), das Bundesinnenministerium (BMI) sowie – über die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO – das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Neben dem BMZ verfügt insbesondere das AA über erhebliche eigene Mittel für Afghanistans zivilen Wiederaufbau und Entwicklung im Rahmen des sogenannten „Stabilitätspaktes“: 2008 stellte das BMZ für Afghanistan etwa 110 Millionen Euro bereit, das AA 70,7 Millionen Euro. 2009 stellen BMZ und AA jeweils 90 Millionen Euro bereit.

Die beiden Ressorts folgen einer klaren Arbeitsteilung: Während das BMZ sich auf langfristig angelegte Wiederaufbau- und Entwicklungsvorhaben konzentriert, deckt das AA insbesondere den Polizeiaufbau (ungefähr 50 Prozent der AA-Mittel), die Zusammenarbeit im Kultur- und Hochschulbereich sowie kurzfristig angelegte Stabilisierungsmaßnahmen im Umfeld des deutschen militärischen Engagements im Norden des Landes ab.

AA/Botschaft, BMVg/Bundeswehr, BMI/Deutsches Polizeiprojektteam und BMZ arbeiten auch im Rahmen der von Deutschland geleiteten „Provincial Reconstruction Teams“ (PRTs) in Kunduz und Faizabad, im sogenannten „Provincial Advisory Team“ (PAT) in Taloqan sowie am Standort des ISAF-Regionalkommandos Nord in Mazar-e-Sharif im Norden zusammen. Entsprechend dem Ansatz gemeinsamer Verantwortung, aber unterschiedlicher Verantwortlichkeiten ergänzen sich die Vertreter aller vier Ressorts entsprechend ihren jeweiligen Zuständigkeiten. Um möglichst eng an die afghanischen und internationalen Partner vor Ort angebunden zu sein, leben und arbeiten die Kolleginnen und Kollegen der Entwicklungszusammenarbeit dabei außerhalb der Bundeswehr camps. Ein von den Ressorts gemeinsam betreutes Instrument sind die Provinzentwicklungsfonds. Diese finanzieren in enger Kooperation mit der Provinzadministration schnell wirksame Entwicklungsmaßnahmen auf Dorfebene, wie zum Beispiel den Bau von Brücken.

In den letzten Jahren übernahm die afghanische Regierung zunehmend und selbstbewusst Verantwortung für den Wiederaufbau- und Entwicklungsprozess. Befördert wird die wachsende afghanische Eigenverantwortung durch den allmählich sichtbaren Aufbau von Institutionen und Fachkräften: Dies belegen nicht nur Erfolge im Bildungssektor (fast 75 Prozent aller Jungen und knapp 40 Prozent aller Mädchen sind mittlerweile eingeschult) und im Gesundheitsbereich (85 Prozent der Bevölkerung haben jetzt Zugang zu medizinischer Basisversorgung). Dazu zählen auch ein verbessertes öffentliches Finanzmanagement und erfolgreiche nationale Entwicklungsprogramme wie das „National Solidarity Programme“.

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

National Solidarity Programme (NSP)

Das National Solidarity Programme (NSP) ist ein Beispiel für ein afghanisches, aber gemeinschaftlich finanziertes Programm. Es wird zusammen vom afghanischen Ministerium für ländlichen Wiederaufbau und Entwicklung und der Weltbank umgesetzt. Der afghanische Staat tritt damit zum ersten Mal in der Geschichte als Entwicklungsakteur auf, vor allem auch in entlegenen ländlichen Gebieten. Über den Afghanistan Reconstruction Trust Fund (ARTF) trägt das BMZ jährlich mit 8 Millionen Euro zum NSP bei.

Das Programm gilt auch über Afghanistan hinaus als Erfolgsmodell, da es schnelle Entwicklungsfortschritte auf lokaler Ebene ermöglicht. Außerdem fördert NSP partizipative Entscheidungen auf Dorfebene, die Frauen und Jugend einschließt. Dies geschieht über die Gründung von sogenannten „Community Development Councils“ (CDCs), die spezifische Entwicklungsprojekte zur Finanzierung vorschlagen.

Fast 22.000 Dörfer in allen 34 Provinzen und in 352 von 364 Distrikten Afghanistans haben bereits ihren CDC gewählt. Auf deren Initiative wurden etwa 25.000 Projekte, zum Beispiel der Bau von Brunnen, Kleinstwasserkraftwerken oder Brücken, durch NSP finanziert. NSP verbesserte so bereits das Leben von 15,4 Millionen Menschen im ländlichen Raum. Zwei von drei Menschen auf dem Land profitieren vom NSP.

Verfahren und Koordination der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Afghanistan

Das BMZ orientiert sich bei seiner Unterstützung an den Prioritäten der im April 2008 fertiggestellten und auf fünf Jahre angelegten Afghanischen Nationalen Entwicklungsstrategie (Afghanistan National Development Strategy – ANDS). Die konkreten Maßnahmen vereinbaren BMZ und afghanische Regierung in jährlichen Regierungsverhandlungen verbindlich, zuletzt im März 2009 in Kabul.

Umgesetzt werden die Maßnahmen vor allem (etwa zwei Drittel des Mittelvolumens) über die bilateralen Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere die KfW Entwicklungsbank, die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und das Zentrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM), ein weiterer Anteil über deutsche Nichtregierungsorganisationen (NRO). Die übrigen Mittel setzt der von der Weltbank verwaltete „Afghanistan Reconstruction Trust Fund“ (ARTF) um. Der ARTF trägt sowohl laufende Kosten der afghanischen Regierung (zum Beispiel Lehrergehälter) als auch große landesweite Investitionsprogramme. So ermöglicht er dem afghanischen Staat, seine Angestellten und die Strom- oder Treibstoffrechnungen pünktlich zu bezahlen (rund zwei Drittel der laufenden Kosten außerhalb des Sicherheitssektors sind allerdings bereits durch eigeneinnahmen des afghanischen Fiskus gedeckt) und zusehends eigenverantwortlich Entwicklungsmaßnahmen umzusetzen. Gleichzeitig verhindert eine intensive Rechnungsprüfung und Kontrolle wirkungsvoll eine Mittelfehlverwendung oder Veruntreuung.

Während die internationalen Geber, darunter die Bundesregierung, in den ersten Jahren des Wiederaufbaus nach 2001 schon aufgrund der gebotenen Schnelligkeit viele Maßnahmen in Eigenregie umsetzten, bemüht man sich zusehends, mehr Verantwortung auf die afghanische Seite zu übertragen: Nur wenn der demokratisch legitimierte afghanische Regierung mehr Mitsprache und Verantwortung zugebilligt wird, hat sie eine Chance, eigene Fähigkeiten zur Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen zu entwickeln und auch von der afghanischen Bevölkerung als Entwicklungsakteur wahrgenommen und anerkannt zu werden.

Abgesehen von der bilateralen Koordinierung zwischen afghanischer Regierung und Bundesregierung stimmen afghanische und internationale Partner vor Ort – in Kabul und in den Provinzen – ihre Maßnahmen in vielen Gremien fortlaufend ab. Eine besondere Rolle hat dabei die „UN Assistance Mission in Afghanistan“ (UNAMA). Diese unterstützt die afghanische Regierung bei der Wahrnehmung ihrer Koordinierungsaufgaben, beispielsweise als Mitorganisatorin des „Joint Coordination and Monitoring Board“ (JCMB) und seiner Untergliederungen in Kabul. Die Bundesregierung beteiligt sich an dieser laufenden Abstimmung über die Botschaft in Kabul, die BMZ-Vertreter in der Schwerpunktregion in Nord-Afghanistan sowie über die entsprechenden Schwerpunktkoordinatoren der Durchführungsorganisationen vor Ort.

Drogenkontrolle und Korruptionsbekämpfung

Die Drogenkontrolle ist in Übereinstimmung mit dem Afghanistan-Konzept der Bundesregierung und der Afghanischen Nationalen Entwicklungsstrategie Querschnittsthema der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit. Gezielt werden alternative Einkommensquellen geschaffen – bei der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und beim Ausbau der sozialen und produktiven Infrastruktur, besonders im Norden des Landes. Allerdings reicht dies nicht aus, um die Drogenindustrie zurückzudrängen: Ein Mindestmaß an Sicherheit, funktionierende Justiz- und Sicherheitsbehörden sowie ein klarer politischer Wille in den afghanischen Behörden sind ebenfalls unabdingbar. Im Norden, Nordosten und Osten des Landes reduzierten sich vor allem in 2008 die Anbauflächen mit Schlafmohn deutlich. Laut dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (United Nations Office on Drugs and Crime – UNODC) ging die Anbaufläche im Norden seit 2006 um 95 Prozent zurück, während sich im Süden derzeit keine Verbesserung der Lage abzeichnet. Dies unterstreicht das Wechselverhältnis zwischen Sicherheitssituation und Drogenwirtschaft.

Afghanistan belegt mittlerweile den 176. Rang von 180 Plätzen des Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International. Weit verbreitet ist nicht nur die sogenannte „petty corruption“ im alltäglichen Verkehr zwischen afghanischem Bürger und Behörden, sondern auch die „grand corruption“ bei der Vergabe von Verträgen oder in Verbindung mit der Drogenwirtschaft. Die Gebergemeinschaft unterstützt die afghanische Regierung bei der Formulierung von Anti-Korruptionsstrategien, dem Aufbau entsprechender Ermittlungsbehörden und bei der Umsetzung. Parallel wird der Druck auf die afghanische Regierung erhöht, mehr politischen Willen an den Tag zu legen, auch hochrangige korrupte Staatsangestellte straf- und disziplinarrechtlich zu belangen. Vor allem seit im Herbst 2008 ein neuer Innenminister ernannt wurde, vermehren sich positive Zeichen einer stärkeren Handlungsfähigkeit bzw. -bereitschaft der afghanischen Regierung bei der Korruptionsbekämpfung. Eine entschiedene Korruptionsbekämpfung und der Aufbau effizienter und transparenter staatlicher Institutionen auch auf dezentraler Ebene tragen entscheidend dazu bei, das schwindende Vertrauen der afghanischen Bevölkerung in die eigene Regierung wieder zu stärken. Zur Förderung guter Regierungsführung einigten sich Afghanistan und Deutschland bei den Regierungsverhandlungen 2009 auf die Errichtung eines politischen Beratungsfonds, um rasch und flexibel Experten zur Beschleunigung politischer Reformprozesse zu entsenden. Korruptionsbekämpfung wird dabei neben Steuerpolitik und Rechnungslegung ein zentrales Feld zur Zusammenarbeit im Governance-Bereich sein.

Schwerpunkte und Erfolge der bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Afghanistan

Neben kurzfristig wirksamen Maßnahmen der Not- und Übergangshilfe konzentriert sich die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit seit 2002 auf folgende Schwerpunkte:

- **Energie** (insbesondere erneuerbare Energien): unter anderem Wiederherstellung des Städtnetzes von Kabul und der Wasserkraftwerke Mahipar und Sarobi bei Kabul, Beteiligung am Bau einer Übertragungsleitung aus den nördlichen Nachbarländern nach Kabul, Bau und Instandsetzung kleiner und mittlerer Wasserkraftwerke zur dezentralen Energieversorgung in Nordost-Afghanistan, Energiepolitikberatung.
- **Trinkwasserversorgung**: Instandsetzung und Erweiterung der Trinkwasserversorgung in Kabul, Herat und Kunduz, seit Ende 2008 auch in drei weiteren Städten im Norden (Faizabad, Imam Saheb, Balkh), Stärkung der Betreiberstrukturen, Beratung zur neuen Wassergesetzgebung und bei der Strategieplanung zur Abwasserentsorgung.
- **Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung**: Reform und Stärkung der afghanischen Industrie- und Handelskammer, Aufbau einer afghanischen Investitionsförderagentur (AISA) und einer Exportförderagentur (EPAA), Wirtschaftspolitikberatung, Aufbau des Kreditwesens für kleine und mittlere Unternehmen, Bau von wirtschaftlicher Infrastruktur im Norden, Beratung von Unternehmen – vor allem auch von Unternehmerinnen – in Kabul und im Norden, Einkommensschaffung, Ernährungssicherung.
- **Grund- und Berufsbildung**: Bau von Grundschulen, Bau bzw. Erweiterung von fünf Lehrerausbildungszentren samt Referendariatsschulen in Nordafghanistan, fachliche Unterstützung für die Arbeit der Lehrerausbildungszentren, Beratung des Bildungsministeriums insbesondere zur Lehrerausbildung, Ko-Finanzierung des nationalen Bildungsprogramms EQUIP, Instandsetzung der Technischen Schule Kabul, ab 2009: Ausbildungsprogramm für Berufsschullehrer.

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

- **Governance:** Zusätzlich stellt ein 2009 neu eingerichteter „Offener Strukturpolitischer Beratungsfonds“ kurzfristig Expertise zur Verfügung und unterstützt so flexibel zentrale Reformvorhaben der afghanischen Regierung in den Bereichen Steuerpolitik, Rechnungslegung und Korruptionsbekämpfung.

Kooperationsfelder sind außerdem die Förderung der Rechtsstaatlichkeit (Rechtsberatung, Bewusstseinschaffung, Rechtsfortbildung für Polizisten und Staatsanwälte) und der Menschenrechte, insbesondere die Verbesserung der Lage von Frauen und Mädchen (unter anderem Rechtsberatung speziell für Frauen, Förderung von Unternehmerinnen, Einkommensschaffung für Frauen, Unterstützung der afghanischen Ministerien bei der gendersensiblen Budgetplanung). Die Förderung von Mechanismen der Friedensentwicklung erfolgt besonders über den Zivilen Friedensdienst und wird in Afghanistan vom DED umgesetzt. Unterstützt werden afghanische Nichtregierungsorganisationen, Medien und die Afghanische Unabhängige Menschenrechtskommission.

Bisherige Erfolge der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit (Beispiele)

Wasserkraftwerke Mahipar und Sarobi (bei Kabul).

Investitionsvolumen: 27,5 Millionen Euro, Laufzeit: 2004 – 2009, Ergebnis: Produktion von 30 Prozent der Elektrizitätsversorgung Kabuls, damit Versorgung von rund 129.000 Haushalten, 5.700 kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und etwa 1.200 öffentlichen Gebäuden, zusammen circa 800.000 Einwohnern.

Trinkwasserversorgung Herat.

Investitionsvolumen: 8 Millionen Euro, Laufzeit: 2002 – 2008, Ergebnis: 250.000 Einwohner Herats haben Zugang zu sauberem Trinkwasser bei extrem niedrigen Investitionskosten von 32 Euro pro Kopf; der Wasserbetreiber arbeitet mittlerweile kostendeckend – ein großer Erfolg selbst im regionalen Vergleich.

Aufbau der First Micro Finance Bank (FMFB).

Die FMFB ist eine voll lizenzierte Geschäftsbank mit Schwerpunkt Mikrofinanzierung. Anteilseigner sind die Aga Khan Agency for Microfinance (51 Prozent), die KfW Entwicklungsbank (32,3 Prozent) und die International Finance Corporation (16,7 Prozent); Mittel der Bundesregierung im Vorhaben: rund 10,4 Millionen Euro. Ergebnisse bislang: Einrichtung von 15 Zweigstellen landesweit, Vergabe von 90.000 Mikro-Krediten und 600 größeren Darlehen in Höhe von insgesamt 153 Millionen US-Dollar, rund 400.000 Haushalte wurden erreicht.

Grundbildungsprogramm.

Investitionsvolumen: rund 50 Millionen Euro, laufendes Vorhaben: Bau bzw. Erweiterung von fünf Lehrerausbildungszentren und dazugehörigen Referendariatsschulen in Nord-Afghanistan Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Beratung bei der Lehrplanentwicklung. Die Anzahl der Dozenten an den Referendariatsschulen konnte bereits von 420 (2007) auf 800 (2008) und die Anzahl der Absolventen von 4.000 (2005) auf 8.000 (2008) gesteigert werden.

Islamische Republik Afghanistan: Karte und Landesdaten



Hauptstadt:

Kabul (Einwohner geschätzt: 3,5 Millionen)

Amtssprachen:

Paschtu, Persisch (Dari);
insgesamt gibt es etwa 57 Sprachen

Landesgrenzen:

China: 76 km, Iran: 936 km, Pakistan: 2.430 km,
Tadschikistan: 1.206 km, Turkmenistan: 744 km,
Usbekistan: 137 km

Größe:

652.090 km² (zum Vergleich: Deutschland 357.022 km²)

Bevölkerung:

33 Millionen, davon leben 53 Prozent unter der Armutsgrenze
44,6 Prozent sind jünger als 15 Jahre (2008)

Bevölkerungsdichte:

46 EinwohnerInnen/km²

Durchschnittsalter

17,6 Jahre (geschätzt 2008)

Religionszugehörigkeit:

Muslime 99 Prozent (davon 84 Prozent Sunniten und 15 Prozent Schiiten)

Ethnische Gruppen: (jeweils in Prozent)

Paschtunen: 42, Tadschiken: 27, Hazara und Usbeken: je 9, Aimak: 4,
Turkmenen: 3, Balutschen: 2, andere: 4

Lebenserwartung:

44 Jahre (2008), zum Vergleich: 59 Jahre weltweit in armen Ländern,
79,1 Jahre in Deutschland (2008)

Geburten/Kindersterblichkeit:

6,8 pro Frau/155 Tote auf 1.000 Lebendgeburten (2008)

Alphabetisierungsrate:

Rund 40 Prozent (männlich) und 15 Prozent (weiblich)

Währung:

1 Afghani (AFN) = 100 Puls; 1 Euro = 60,83 AFN; 100 AFN = 1,64 Euro
(Stand: 13.02.2009)

Flüchtlinge:

3,5 Millionen/132.000 Binnenflüchtlinge (2008)

The Fund for Peace Failed States Index:

Rang 7 von 177 (2008)

Pro-Kopf-Einkommen:

1.000 US-Dollar/Jahr; Afghanistan zählt zu den LDC (least developed countries),
den am wenigsten entwickelten Ländern

Wirtschaftswachstum:

7,5 Prozent (geschätzt 2008)

Bilateraler Handel mit DEU:

142 Millionen Euro Exporte; 5 Millionen Euro Importe (2007)

Infobox: Stationen des Friedensprozesses und des Wiederaufbaus in Afghanistan

Sechs internationale Afghanistan-Konferenzen waren Meilensteine auf dem Weg zu Frieden und Wiederaufbau. Drei davon fanden in Deutschland statt.

Phase 1: Der „Bonner Prozess“ 2002 – 2005

Die **erste Petersberg-Konferenz** bei Bonn vom 27. November bis zum 5. Dezember 2001 bildet die Basis für den politischen Wiederaufbau des Landes nach Ende der Taliban-Herrschaft. Das „Petersberg-Abkommen“ sieht unter anderem die Entsendung internationaler Streitkräfte nach Afghanistan und das Einsetzen einer afghanischen Interimsregierung vor. Diese soll eine Verfassung ausarbeiten, Wahlen vorbereiten sowie legitime und repräsentative staatliche Institutionen bilden.

Auf der **Geberkonferenz in Tokio** vom 21. und 22. Januar 2002 präsentiert Deutschland ein Wiederaufbaukonzept. Die internationale Gemeinschaft sagt knapp 3,5 Milliarden Euro Wiederaufbauhilfe zu; Deutschland 80 Millionen Euro pro Jahr bis 2005.

Die **Folgekonferenz auf dem Petersberg** am 2. Dezember 2002 in Königswinter beschließt den beschleunigten Aufbau der Sicherheitsstrukturen und legt Struktur und Größe der afghanischen Armee fest.

Auf der **Afghanistan-Konferenz in Berlin** vom 31. März bis zum 1. April 2004 erfolgen internationale Hilfszusagen von rund 6,3 Milliarden Euro für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Afghanistans, die Verbesserung der Sicherheitslage sowie die Bekämpfung des Drogenanbaus. Deutschland stellt davon 320 Millionen Euro für 2005 bis 2008 bereit.

Die Verabschiedung einer Verfassung im Januar 2004, die erste demokratische Wahl eines Staatspräsidenten (Hamid Karzai) im Oktober 2004 sowie der Zusammentritt des ersten gewählten Parlaments am 19. Dezember 2005 stehen für den erfolgreichen Abschluss des Petersberg-Prozesses.

Phase 2: Der „Afghanistan Compact“

Ergebnis der **Geberkonferenz in London** vom 31. Januar bis zum 1. Februar 2006 ist der „Afghanistan Compact“, die Grundlage der Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft bis 2010. Er betont die afghanische Eigenverantwortung und enthält wichtige Ziele zu guter Regierungsführung, Sicherheit und Wiederaufbau. Deutschland verlängert seine Jahreszusage von 80 Millionen Euro bis 2010.

Bei der **Pariser Afghanistankonferenz** am 12. Juni 2008 wird die auf fünf Jahre ausgerichtete nationale afghanische Entwicklungsstrategie (ANDS) vorgestellt. Diese zeigt die zunehmende Bereitschaft Afghanistans, Eigenverantwortung für Sicherheit und Wiederaufbau zu übernehmen. Die afghanische Regierung wird zu nachhaltiger Korruptionsbekämpfung und verbesserter Regierungsführung verpflichtet. Deutschland sagt 420 Millionen Euro von 2008 bis 2010 zu. Internationale Hilfszusagen umfassen rund 13 Milliarden Euro.

Zuletzt berieten am 31. März 2009 Vertreter von rund 80 Staaten auf der **Afghanistan-Konferenz** in Den Haag über den Wiederaufbau des Landes. Die neue US-Außenministerin, Hillary Clinton, stellte die Neuausrichtung der US-Strategie für Afghanistan und Pakistan vor. Erstmals nahm der Iran an einer internationalen Afghanistan-Konferenz teil.

Projektpräsentationen „Brennpunkte und vergessene Konflikte“

„Brennpunkt Kongo“

Zurück in die Gesellschaft: Ehemalige Kindersoldaten und junge Kriegsoffer im Ost-Kongo

Referent: Achim Koch, Teamleiter im Vorhaben „Wirtschaftliche Reintegration benachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener in Maniema“

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Die Ausgangslage

Während der Bürgerkriege in der Demokratischen Republik Kongo von 1997 bis 2003 setzten alle Konfliktparteien auch Kinder und Jugendliche als Soldaten ein. Nach Kriegsende wurden die Truppen demobilisiert, die Kindersoldaten entlassen. Die meisten konnten nicht in ihre Familien zurückkehren oder fanden ein zerstörtes Elternhaus vor. Viele ehemalige Kindersoldaten haben Schwierigkeiten, sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern und sich beruflich zu orientieren. Vor allem in der Provinz Maniema setzten Milizen Kinder in Kämpfen gegen ruandische und mit Ruanda sympathisierende Truppen ein. Die Kindersoldaten wurden am Ende ohne Dokumente nach Hause geschickt; so fanden sie keinen Zugang ins nationale Demobilisierungsprogramm. Sie sind Zielgruppe des Projekts zur gesellschaftlichen Reintegration benachteiligter Jugendlicher, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert wird.

Ein Beispiel: Der junge Amisi war drei Jahre lang Kämpfer. Er musste sich mit vergifteten Pfeilen an die Lager der Ruander heranschleichen und möglichst viele töten. Nachdem seine Eltern ermordet worden waren, nahmen ihn die Milizen einfach mit. Damals war er elf Jahre alt und hatte die Grundschule noch nicht beendet. Nach dem Krieg zog er zu einer Verwandten, die überlebt hatte. Im GTZ-Zentrum für nachholende Grundbildung schloss er inzwischen die Grundschule ab. Danach lernte er in einer traditionellen Tischlerwerkstatt, die von der GTZ unterstützt wird.

Das Projekt

Das Vorhaben setzt zunächst bei der sozialen Integration an. Die Jugendlichen erhalten eine Grundschulausbildung und werden intensiv betreut. In praxisnahen Ausbildungsgängen oder weiterführenden, theoriegestützten Berufsausbildungen in Kleinst- und Kleinbetrieben werden sie beruflich qualifiziert. Weitere Schulungen befassen sich mit unternehmerischem Handeln sowie der Vermittlung von Mikrokrediten, um die Teilnehmer bei der Existenzgründung zu unterstützen.

Die Wirkungen

Fast 3.000 Jugendliche, darunter mehr als 1.200 ehemalige Kindersoldaten, nahmen bisher erfolgreich an Angeboten der beruflichen Bildung teil. 70 Prozent von ihnen arbeiten heute noch in den erlernten Berufen. Weitere 1.800 Kinder und Jugendliche holen inzwischen ihre Grundschulausbildung nach. 668 benachteiligte Jugendliche, in der Mehrheit Mädchen und junge Frauen, erwarben in den letzten drei Jahren den Grundschulabschluss. In den sechs Jugendvereinen ‚Club Ecoute‘ werden zurzeit etwa 150 seelisch beschädigte Jugendliche, darunter vergewaltigte Mädchen, intensiv betreut. Flankierend dazu wurden Schulen, kleine Gesundheitszentren sowie Ausbildungszentren für Mädchenmütter und Taubstumme gebaut. An all diesen Maßnahmen waren Jugendliche aus den Ausbildungsbetrieben beteiligt.

Der junge Amisi eröffnete mittlerweile mit zwei Freunden eine kleine Holzwerkstatt, die auf Stühle und Tische spezialisiert ist. Derzeit sparen sie Geld. Denn ihr Traum sind Elektrowerkzeuge, die sie in sechs Monaten kaufen wollen. Amisis monatliches Einkommen stieg inzwischen von weniger als 15 US-Dollar auf mehr als 60 US-Dollar. An den Krieg, sagt er, denkt er nicht mehr so oft wie früher.

„Brennpunkt Kongo“

Schneller und spürbarer Wiederaufbau, DR Kongo

Referentin: Carla Berke, Abteilungsdirektorin Kompetenzzentrum Governance Subsahara-Afrika, KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

Unter großer internationaler Aufmerksamkeit und mit Unterstützung unter anderem der deutschen Bundesregierung fanden in der kriegsgeschüttelten DR Kongo das erste Mal seit über 40 Jahren demokratische Wahlen statt. Die Bevölkerung verbindet damit große Hoffnungen, denn das Land steht vor enormen Wiederaufbau-Anstrengungen. Dies betrifft sowohl die Infrastruktur als auch den Staatsapparat. Zum Beispiel schrumpfte das Straßennetz in dem rund 2,3 Millionen km² großen Land nach dem Krieg auf bloße 1.000 km asphaltierte Straße (in Deutschland überzieht ein Straßennetz von über 230.000 km eine Fläche von 357.000 km²). Während der Kriegs- und Bürgerkriegsjahre wurden Schulen und Krankenstationen weitgehend zerstört, Felder und Wege vom Urwald überwuchert.

Den hohen Erwartungen der Bevölkerung stehen sehr geringe Kapazitäten der Regierung sowie der staatlichen Stellen gegenüber und in der Verwaltung gibt es noch immer Misswirtschaft. Diese Kombination erfordert eine schnelle und spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Denn die Fragilität bedeutet ein hohes Risiko für den Friedensprozess und eine stabile, armutsorientierte Entwicklung des Landes. Hier setzt der Friedensfonds an. Er soll rasch und sichtbar zum Wiederaufbau und zur Stabilisierung des Landes beitragen.

Das Projekt

Der Friedensfonds wird besonders in den Konfliktherden im Osten des Landes, aber auch in der Megastadt Kinshasa eingesetzt. Soziale und wirtschaftliche Infrastruktur sowie landwirtschaftliche Flächen werden wieder nutzbar gemacht. Dabei spürt die Bevölkerung die Zeichen einer besseren Zukunft nicht nur über die verbesserte Infrastruktur. Die Maßnahmen werden außerdem mit ihr zusammen geplant und so umgesetzt, dass möglichst viele Menschen Einkommen und zumindest eine kurzfristige Beschäftigung finden. Kongolesische und internationale Nichtregierungsorganisationen führen die Einzelprojekte durch. Sie bewerben sich mit ihren Projektvorschlägen beim Fonds und werden nach transparenten Kriterien von kongolesischer und deutscher Seite gemeinsam ausgewählt.

Bei den Projektdurchführungen spielt die Nachkriegssituation eine große Rolle. Die Einzelprojekte müssen äußerst konfliktsensibel gestaltet sein und darauf achten, soziale negative Kriegsfolgen (wie zum Beispiel eine hohe HIV/ AIDS-Rate) nicht zu verstärken. Frauen als besonders vom Konflikt Betroffene werden dabei besonders berücksichtigt – obwohl der Fonds grundsätzlich integrativ wirkt und ausdrücklich die gesamte Bevölkerung unterstützt.

Die Wirkungen

Nach Jahren der Entbehrung können die Menschen mit dem erzielten Einkommen Ausgaben des täglichen Bedarfs, aber auch die für Schulgebühren und Gesundheitsleistungen decken und vielleicht sogar kleine Anfangsinvestitionen tätigen. Das Wiederinstandsetzen der ländlichen Wege, Anbauflächen und Märkte sowie neue Einkommensmöglichkeiten beleben lokale Wirtschaftskreisläufe neu. Sie wirken wie eine Initialzündung für eine Friedensökonomie. Wieder funktionierende Schulen und Gesundheitszentren symbolisieren Normalität und verbessern die Lebensbedingungen der Menschen unmittelbar.

„Brennpunkt Afghanistan“

Wirtschaftlicher Wiederaufbau: Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen

Referentin: Brigitte Sadzik, Investment Managerin in der Abteilung Programmfinanzierung, DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Die Ausgangslage

Nach mehr als 20 Jahren Bürgerkrieg und dem Sturz des Taliban-Regimes hat Afghanistan mit dem politischen Neuanfang begonnen. Die Sicherheitslage ist nach wie vor prekär. Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen sind ähnlich schwierig wie die politischen. Bereits in den 1960er und 1970er Jahren gehörte Afghanistan zu den ärmsten Entwicklungsländern, hatte aber mit internationaler Hilfe beachtliche Fortschritte erreicht. Die jahrelangen Kriegswirren warfen das Land wieder weit zurück. Grundlegende politische und wirtschaftliche Einrichtungen wie das Justiz- und Polizeiwesen, das Steuersystem, das Katasterwesen etc. befinden sich im Aufbau. Das im September 2003 verabschiedete Bankengesetz führte zur Gründung von 17 Banken. Tätigkeitsschwerpunkte sind die Mikrofinanzierung und die Handelsfinanzierung. Die Kreditvergabe an Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist aufgrund fehlender Sicherheiten bzw. Eigenkapitalmangel nach wie vor schwierig.

Das Projekt

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die DEG seit 2002 Existenzgründungen in Afghanistan. Bis 2006 förderte sie rund 330 Projekte vorwiegend im traditionellen Handwerk mit nicht rückzahlbaren Eigenkapitalhilfen und begleitender Beratung. Insgesamt wurden so über 5.500 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert. 2005 ersetzte ein Kredit-Garantiefonds-Projekt diese direkte Förderung. Es soll lokale Banken an die Kreditvergabe an Jungunternehmer und KMU heranzuführen.

Im Rahmen der Kredit-Garantie-Fazilität (KGF) arbeitet die DEG bisher mit zwei afghanischen Partnerbanken zusammen. Sie begleitet diese beim Aufbau der erforderlichen Strukturen und Entscheidungsprozesse, unter anderem durch einen von ihr beauftragten Experten vor Ort. Die Partnerbanken gewähren Investitions- und Betriebsmittelkredite an afghanische Unternehmerinnen und Unternehmer, die eine neue Firma gründen oder eine bestehende erweitern möchten. Die Kreditvolumina liegen zwischen 3.000 und 300.000 US-Dollar. Die KGF übernimmt einen Teil des Ausfallrisikos. Der Kapitalbestand des Garantiefonds beträgt zurzeit rund 10,2 Millionen US-Dollar. Die United States Agency for International Development (USAID) zahlte vier Millionen US-Dollar ein, das BMZ rund 5,7 Millionen US-Dollar.

Die Wirkungen

Die KGF stärkt den sich etablierenden Finanzsektor und die Entwicklung von privatwirtschaftlichen Strukturen. Sie unterstützt und fördert das Schaffen von Einkommen und Arbeitsplätzen und leistet dadurch einen wesentlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung. Zum Jahresende 2008 haben die beiden Partnerbanken insgesamt rund 795 Kredite mit einem Kreditvolumen von knapp 22,5 Millionen US-Dollar zugesagt. Allein 2008 wurden 527 Kredite in Höhe von 16,1 Millionen US-Dollar neu vergeben. Während sich die Kreditzusagen zu Beginn auf Kabul konzentrierten, weiteten die beiden Partnerbanken ihr KMU-Geschäft seit 2007 auch auf Kunduz, Mazar, Herat, Jalalabad und Kandahar aus. Die Kreditnehmer beschäftigen rund 17.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

„Brennpunkt Afghanistan“

Jenseits von Kabul: Entwicklungsorientierte Nothilfe und Wiederaufbau in Nordost-Afghanistan

Referent: Daniel Passon, Leistungsschwerpunkt-Koordinator Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Die Ausgangslage

In Krisen- und Katastrophengebieten leistet die GTZ entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe. Diese hilft den betroffenen Menschen schnell und spürbar – und schafft gleichzeitig Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung. Die Maßnahmen reichen von kurzfristiger Nothilfe über Ernährungs-sicherungsprojekte bis hin zu komplexen Wiederaufbauprogrammen. Mit Laufzeiten zwischen sechs Monaten und drei Jahren schlagen die Projekte eine Brücke zwischen vorübergehender humanitärer Hilfe und langfristig orientierter Technischer Zusammenarbeit.

In Afghanistan fügten knapp 30 Jahre Krieg und Bürgerkrieg der Infrastruktur erheblichen Schaden zu. Der afghanische Staat kann bislang weder ausreichend die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten noch sie mit Basisdienstleistungen versorgen. Noch immer leiden viele Menschen in Afghanistan akute Not. Daher muss ein flächendeckender Entwicklungsprozess in Gang gesetzt werden, der auch entlegene Dörfer und Gemeinden erreicht.

Das Projekt

Not- und Übergangshilfe leistet die GTZ derzeit in den nördlichen Provinzen Kunduz, Takhar und Badakh-san. Auftraggeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Im Mittelpunkt stehen längerfristig angelegte, arbeitsintensive Infrastruktur-Projekte. Mit ihnen werden wichtige Verbindungs- und Versorgungswege, gerade in und zwischen ländlichen Gebieten, wieder in Stand gesetzt oder neu gebaut. Hierzu werden lokale Fach- und Arbeitskräfte zusätzlich geschult und ausgebildet. Sie erhalten so nicht nur ein vorübergehendes Einkommen, sondern auch eine höhere Qualifikation.

Zahlreiche Kleinprojekte ergänzen diese groß angelegten Maßnahmen. Sie werden direkt an afghanische Gemeinden vergeben und aus Distrikt- und Provinzentwicklungsfonds finanziert. Die Gemeinden entscheiden eigenständig, welche Projekte sie sinnvoll finden, stellen die Projektanträge selbst und führen die Projekte – mit Unterstützung der GTZ – in eigener Verantwortung durch.

Die Wirkungen

Innerhalb von zwei Jahren wurden zehn groß angelegte Projekte zum Ausbau der Infrastruktur realisiert: Straßen, Brücken und Wasserversorgungssysteme. Zusätzlich beantragten afghanische Gemeinden erfolgreich insgesamt 431 Kleinprojekte und setzten sie eigenverantwortlich um. Auffallend dabei: Die Gemeinden wünschen sich nicht nur Schulen, Straßen und Brücken oder Bauprojekte für die Wasser- und Energieversorgung. Viele setzen auf Ausbildung und Training. Ob bessere Methoden zur Viehzucht, EDV-Kurse für Frauen, moderne Techniken in der Landwirtschaft oder die Vermarktung selbst erzeugter Produkte: Das Spektrum dieser Kleinprojekte ist breit gefächert und an die Bedürfnisse der Gemeinden angepasst. Weit über zwei Millionen Menschen profitierten bisher von den Maßnahmen. Immer mehr Gemeinden nutzen heute die Möglichkeit, sich aktiv und eigenverantwortlich am Wiederaufbau des Landes zu beteiligen. Dafür stehen ihnen die Distrikt- und Provinzentwicklungsfonds weiterhin zur Verfügung.

„Vergessener Konflikt: Kolumbien“

Gewaltprävention durch Stadtrandsanierung am Beispiel Bogotá

Referent: Stefan Zeeb, Abteilungsdirektor Kompetenzzentrum Soziale Infrastruktur und Demokratieförderung Lateinamerika, KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

Die Ermordung des Anwalts Jorge Elicier Gaitán im Jahre 1948 löste die bislang gewalttätigste Periode der ohnehin bewegten kolumbianischen Geschichte aus. Der als *Violencia* bezeichnete Bürgerkrieg endete zwar offiziell 1963, dennoch dauert die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Regierung, Guerilla und paramilitärischen Verbänden bis heute an. Der Konflikt wird vor allem in für den Drogenhandel und andere wirtschaftliche Interessen strategisch wichtigen ländlichen Regionen ausgetragen. Er führt zu gewaltsamen Vertreibungen der ansässigen Bevölkerung und zu unkontrollierbaren Flüchtlingsströmen in die Stadtrandgebiete. Schätzungen nennen über drei Millionen Binnenvertriebene.

Bogotá ist eine der am schnellsten wachsenden Metropolen Südamerikas. Rund 6,8 Millionen Menschen, etwa 15 Prozent der kolumbianischen Bevölkerung, leben heute in Bogotá. Die Wohnviertel an den Stadträndern leiden unter fehlender Rechtssicherheit, einer mangelhaften infrastrukturellen Anbindung sowie einer schlechten Versorgung mit kommunalen und städtischen Dienstleistungen. Dies führt zu starken wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten. Als eine Folge davon ist die Gewaltkriminalität in den Stadtrandsiedlungen – vor allem bei Jugendlichen – sehr hoch, wenn auch in den letzten Jahren rückläufig. Im Jahr 2007 lag die Mordrate bei 25 pro 100.000 Einwohner (im Vergleich dazu New York: sieben pro 100.000 Einwohner).

Das Projekt

Das von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unterstützte Programm verbessert in ausgewählten Stadtrandsiedlungen im Süden Bogotá das Zusammenleben der Bewohner und versucht, eine Kultur der friedlichen Konfliktbewältigung und Gewaltprävention zu etablieren. Soziale Programme unterstützen die Maßnahmen ebenso wie Investitionen in Wasserversorgung, Wegebau und Bildungsangebot, den Ausbau und die Sanierung von Sportplätzen, Parkanlagen und Jugendclubs. Die Bürger werden an der Auswahl und Planung der Baumaßnahmen beteiligt und Bewohnerorganisationen werden gestärkt. Neu eingerichtete Beratungsstellen dienen der Konfliktprävention und -bewältigung. Darüber hinaus werden freiwillige Mittler zur Konfliktbearbeitung ausgebildet sowie Workshops und Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche angeboten.

Die Wirkungen

Das Programm verbessert die Lebensbedingungen von etwa 400.000 Einwohnern. Die Kombination von friedlicher Konfliktbewältigung und Gewaltprävention, sozialen Programmen und Infrastrukturinvestitionen deckt wichtige Grundbedürfnisse einkommensschwacher Bewohner der Stadtteile. Beispiele hierfür sind persönliche Sicherheit, ein angemessenes Lebens- und Wohnumfeld sowie Zugang zu kommunaler Infrastruktur. Das Projekt verbessert die Beteiligung der Bevölkerung an der Planung und Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen strukturell und institutionalisiert sie. Auch werden mehr Maßnahmen dezentral durch die lokalen Bürgermeistereien durchgeführt. Dies verbessert die Zusammenarbeit der lokalen Bürgermeistereien mit den zentralen städtischen Fachbehörden.

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

„Vergessener Konflikt: Kolumbien“

Peace Brigades International: Internationale Präsenz und Schutzbegleitung in Kolumbien

Referent: Peter Biermann, Friedensfachkraft für internationale Begleitung im pbi Kolumbienprojekt, Team Medellín
peace brigades international (pbi)

Die Ausgangslage

Kolumbien ist geprägt von jahrzehntelangen Konflikten zwischen Sicherheitskräften, Paramilitärs und Guerrilla-Gruppierungen sowie hierdurch schweren Verstößen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht. Darunter leidet besonders die Zivilbevölkerung – in Form von Entführungen, Folter, Überfällen und Drohungen. Zehntausende Zivilisten wurden getötet oder „verschwanden“ gewaltsam. Die Zahl der intern Vertriebenen in Kolumbien wird auf über drei Millionen geschätzt. Die Regierung Álvaro Uribe Velez leitete seit 2003 Demobilisierungsprozesse der paramilitärischen Einheiten ein. Menschenrechtsorganisationen und internationale Organisationen wie der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) kritisierten, dass die Täter nicht bestraft, die Opfer nicht entschädigt sowie illegale Strukturen nicht ausreichend aufgedeckt und überwunden würden.

Das Projekt

pbi trägt durch internationale Präsenz und Schutzbegleitung zur zivilen Konfliktbearbeitung und zum Schutz der Menschenrechte bei. Seit 1994 begleiten international zusammengesetzte Teams von insgesamt bis zu 40 Freiwilligen an den vier Standorten Bogotá, Medellín, Barrancabermeja und Urabá bedrohte Menschenrechtsverteidiger und Vertriebenengemeinden. Zu den 20 Partnerorganisationen in Kolumbien zählen Menschenrechtsorganisationen wie das renommierte Anwaltskollektiv „José Alvear Restrepo“ in Bogotá, Basisorganisationen wie die Frauenorganisation OFP oder Vertriebenengemeinden, die sich zu Friedensgemeinden zusammengeschlossen haben und eine gewaltfreie Alternative zum Konflikt aufzeigen.

Im Rahmen der multi-track-diplomacy, der Berücksichtigung aller gesellschaftlichen und politischen Ebenen, spricht pbi regelmäßig mit nationalen und internationalen Akteuren. Neben der physischen Präsenz ist dies ein wichtiger Pfeiler der pbi-Begleitung. Die pbi-Teams unterhalten kontinuierlichen Kontakt zu den zivilen und militärischen Autoritäten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sowie mit dem diplomatischen Korps und den verschiedenen UN-Büros in Kolumbien. Auch außerhalb Kolumbiens wird gezielt internationaler Rückhalt für die Arbeit vor Ort gesucht, um Schutz und Sicherheit für alle Beteiligten zu verstärken. Weltweit unterstützt ein Netzwerk aus Prominenten pbi, indem es seine Besorgnis über Bedrohungen den kolumbianischen Autoritäten gegenüber ausdrückt. Die internationale Gemeinschaft wird konstant über die Arbeit und die Situation informiert.

pbi bietet den Organisationen auch zwei- bis dreimal jährlich Workshops mit bis zu 560 TeilnehmerInnen zu Themen aus der Friedensarbeit an – vom „Wiederaufbau des sozialen Netzes“ und der psycho-emotionalen Verarbeitung des Erlebten über interne Konfliktbearbeitung bis hin zu Sicherheitsthemen.

Die Wirkungen

pbi sucht den Freiraum für die Arbeit der kolumbianischen Menschenrechtsorganisationen und Vertriebenengemeinden zu erhalten, ohne sich inhaltlich in deren Arbeit einzumischen. Zunehmender Druck und Drohungen der bewaffneten Gruppen reduzieren den Spielraum der Zivilbevölkerung für ein Engagement immer weiter. Die Begleitung durch pbi hilft, dem entgegenzuwirken. Das von pbi entwickelte Konzept einer schützenden Begleitung der lokalen Zivilbevölkerung beugt dabei unmittelbar Gewalt vor und stärkt langfristig zivile Konfliktlösungsmöglichkeiten.

„Vergessener Konflikt: Kambodscha“

Versöhnung und Gerechtigkeit im Umfeld des Khmer Rouge Tribunals

Referentin: Judith Strasser, Friedensfachkraft des Zivilen Friedensdienstes des DED, Psychologin
Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH (DED)

Die Ausgangslage

30 Jahre nach der Diktatur der Roten Khmer wird nun den Hauptverantwortlichen der Prozess gemacht. Die Roten Khmer herrschten von 1975 bis 1979 in Kambodscha. Unter ihrem Regime kam fast ein Viertel der Bevölkerung, etwa 1,7 Millionen Menschen, ums Leben. Sie starben durch Krankheiten, Zwangsarbeit auf dem Feld oder sie verhungerten. Der erste Prozess vor dem gemischt kambodschanisch-internationalen Tribunal, den „Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia“ (ECCC), begann am 17. März 2009. Der Angeklagte Kaing Guek Eav, genannt „Duch“, ist der ehemalige Direktor des Foltergefängnisses von Toul Sleng. Dort wurden mehr als 14.000 Menschen grausam ermordet. Zehn Friedensfachkräfte des Zivilen Friedensdienstes unterstützen im Auftrag des DED das Tribunal seit 2007. Mit deren Hilfe nehmen 94 Nebenkläger an diesem ersten Prozess teil.

Das Projekt

Die ECCC sind das erste internationale Gericht, an dem überlebende Opfer als Nebenkläger teilnehmen und kollektive moralische Reparationen fordern können. Dies stellt eine „riskante Chance“ für sie dar, da schmerzhaft Erinnerungen wachgerufen und seelische Verletzungen erneut aufbrechen können. Erfahrungen im Kontext anderer internationaler Tribunale zeigen zudem, dass eine rein gerichtliche Wahrheitsfindung dem Verlangen der Opfer nach Sinn und Erklärung sowie Fragen möglicher Heilung nur begrenzt nachkommen kann. Nur durch eine Öffnung der gesellschaftlichen Debatte und die aktive Beteiligung der Überlebenden wie der folgenden Generationen kann in Kambodscha so etwas wie „Versöhnung“ stattfinden. Unter dem Motto „Versöhnung und Gerechtigkeit im Umfeld des Khmer Rouge Tribunals“ kooperiert der DED mit InWEnt. InWEnt organisiert unter anderem Studienreisen nach Deutschland und den Niederlanden für angehende Richter und Staatsanwälte sowie Fachkräfte von Nichtregierungsorganisationen, um die Aufklärungsarbeit des Tribunals mit qualifiziertem Personal zu stärken. Mit seinen ZFD-Programmen unterstützt der DED mehrere Projekte: Er berät verschiedene lokale Partner bei der juristischen Aufarbeitung der Gewaltverbrechen und hilft bei der psychosozialen Betreuung der traumatisierten Opfer. Dazu gehört die psychologische Beratung der Zeugen und Nebenkläger vor, während und nach den Gerichtsterminen in Zusammenarbeit mit der „Transcultural Psychosocial Organization“ (TPO) und den ECCC. Die Fachkräfte schulen außerdem die Mitarbeiter der ECCC und anderer Nichtregierungsorganisationen aus dem Menschenrechts-, Friedens- und Sozialbereich. Diese lernen, wie sie besser auf die Belastungen und Bedürfnisse der traumatisierten Zeugen eingehen, aber auch wie sie selbst die Geschichten verarbeiten können, die sie tagtäglich hören. Das DED-ZFD-Programm berät außerdem das „Women’s Media Center“, das ein Radioprogramm produziert. Es heißt „Die Wahrheit“ und berichtet über das Khmer Rouge-Regime und den Fortschritt der Verfahren vor den ECCC. Bei dem interaktiven Format können die Zuhörer während der Sendung anrufen und von ihren Erfahrungen berichten.

Die Wirkungen

Die ECCC kamen nur auf großen Druck aus dem Ausland hin zustande. Die politische, wirtschaftliche und militärische Oligarchie Kambodschas lässt nur so viel Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu, wie der Befestigung ihrer Macht dienlich ist. Viele staatliche Medien berichteten daher bisher eher verhalten über die laufenden Verfahren. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen nutzen deshalb die Verfahren vor den ECCC, um eine breite Auseinandersetzung mit den Verbrechen jener Zeit zu initiieren und Demokratisierungsprozesse voranzutreiben. Nur so gibt es die Chance einer Aufarbeitung der Vergangenheit.

„Vergessener Konflikt: Kambodscha“

Ein Recht auf Grund und Boden: Landnutzungsrechte und Landverteilung in Kambodscha

Referent: Dr. Franz-Volker Müller, Teamleiter in den Vorhaben „Landmanagement“ und „Landallokation für soziale und ökonomische Entwicklung“

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Die Ausgangslage

Unklare Besitzverhältnisse, fehlende Konfliktlösungen, mangelnde Investitionen: Wo Landbesitz nicht klar geregelt ist, leiden die politische Stabilität, das wirtschaftliche Wachstum und der soziale Frieden. In Kambodscha betrifft dies vor allem diejenigen elf Millionen Menschen, die ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft verdienen: immerhin 80 Prozent der Gesamtbevölkerung. Ein Recht auf Grund und Boden ist für diese Menschen von existenzieller Bedeutung. Denn jenseits der Städte gibt es neben der Landwirtschaft kaum alternative Einkommensquellen.

Unter den Khmer Rouge wurden Landregister und Katasterwesen weitgehend zerstört. Inzwischen haben viele Menschen zwar Rechte zur Nutzung oder auf den Besitz von Land erworben. Dennoch bleibt ein Grundproblem bestehen: Diese Rechte sind nicht adäquat geschützt. Immer wieder kommt es zu Konflikten. Regierungsstellen sind nur unzureichend in der Lage, ihre Aufgaben effizient zu erfüllen. Einige Experten vertreten sogar die Ansicht, dass die extrem ungleiche Landverteilung – und die zunehmende illegale Landnahme durch starke Interessengruppen – die Armut in ländlichen Gebieten weiter vergrößert.

Das Projekt

Die GTZ arbeitet seit 1995 zu Fragen von Landrechten in Kambodscha. Sie tut dies im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Von Entscheidern in Phnom Pens Regierungsstellen bis zu den Landnutzern in entlegenen ländlichen Gebieten sind alle Betroffenen in die Arbeit mit eingebunden. Die Technische Zusammenarbeit mit Kambodscha hat gleich mehrere Ziele: Im Wesentlichen geht es darum, die kambodschanische Regierung in ihrem langfristigen Ziel zu unterstützen, ein nationales System zur Vergabe und Verwaltung von Land aufzubauen. Dafür werden grundlegende Richtlinien der Landpolitik formuliert – mit besonderem Blick auf die ländliche und indigene Bevölkerung. Personal in öffentlichen Einrichtungen durchläuft Schulungen, um administrative Richtlinien effizient und zielgerichtet umzusetzen. Für die Lösung von Konflikten werden neue, außergerichtliche Verfahren entwickelt, getestet und angewendet. Das Vorhaben erhebt außerdem landbezogene Daten, um landesweit bessere Planungsprozesse zu ermöglichen. Schließlich laufen in drei Provinzen derzeit Pilotmaßnahmen, um armen Familien aus ländlichen Gebieten rechtlich gesicherten Zugang zu Land zu verschaffen.

Die Wirkungen

In 15 Provinzen haben 34 speziell ausgebildete Teams seit Beginn des Vorhabens über 1,4 Millionen Parzellen vermessen und im Grundbuch registriert. Mehr als eine Million Landtitel wurden vergeben – vorwiegend in ländlichen Gebieten. Damit verbesserte sich die rechtliche Sicherheit in Sachen Landbesitz für rund 350.000 arme Haushalte. Landesweit gültige Gesetze und Vorschriften zur Verwaltung und Verteilung von Land wurden verabschiedet. An der „Royal University of Agriculture“ etablierte sich eine Fakultät für Landmanagement, mit seit 2006 jährlich rund 40 Studienabsolventen. Außergerichtliche Verfahren zur Lösung von Konflikten um Land werden landesweit angewendet.

Projektpräsentationen „Konflikte der Zukunft entschärfen“

„Ressourcen gerecht verteilen“

Sicherheit durch Transparenz: Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)

Referent: Kristian Lempa, Berater im Leistungsschwerpunkt Rohstoffgovernance und Geopolitik
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Die Ausgangslage

Ob Kohle, Öl und Gas, Gold, Diamanten oder Kupfer: Rohstoffe bergen Chancen und Risiken. Richtig eingesetzt können sie wertvolle Beiträge im Kampf gegen Armut leisten. Allerdings gleicht der Rohstoffsektor in manchen Ländern einer ökonomischen Insel, die vom Rest der Wirtschaft abgekoppelt ist und nebulöse Zahlungsströme aufweist. Experten beobachten außerdem, dass Länder mit großen Rohstoffvorkommen häufig Schauplätze von gewaltsam ausgetragenen internen Konflikten sind. Transparenz im Umgang mit Rohstoff-Einnahmen ist daher eine wichtige Bedingung für Frieden und Sicherheit.

Das Projekt

Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) setzt sich seit einigen Jahren dafür ein, Zahlungen, die von Rohstoff fördernden Unternehmen an die betroffenen Staaten fließen, offenzulegen. EITI fordert und fördert das Schaffen gesetzlicher Grundlagen für eine transparente Mittelverwendung, das Einhalten gleicher Wettbewerbsvoraussetzungen und Prüfungen durch unabhängige Auditierungsunternehmen. Die Bundesregierung unterstützte EITI von Beginn an. Im internationalen Aufsichtsgremium der Initiative wird Deutschland durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vertreten. Das BMZ zahlt auch in den Finanzfonds ein, den Multi Donor Trust Fund, aus dem Maßnahmen zur Umsetzung der Initiative finanziert werden.

Die GTZ unterstützt das BMZ in seinen Anstrengungen, EITI weiter zu stärken. Ein Beispiel: In der DR Kongo realisiert die GTZ derzeit gemeinsam mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ein umfassendes Programm zur Kontrolle und Transparenz im kongolesischen Bergbausektor. Neben der Umsetzung der EITI-Prinzipien gehört dazu auch eine Reform der öffentlichen Finanzverwaltung. Dadurch werden zukünftig Informationen verfügbar, die von Parlament und Nicht-Regierungsorganisationen genutzt werden können. Darüber hinaus unterstützt die BGR die Regierung dabei, die komplette Handelskette von Coltan – einem Rohherz, das in jedem Mobiltelefon steckt – zu überprüfen. Schrittweise werden internationale Umwelt- und Sozialstandards eingeführt. Zudem ermöglicht moderne Technik – das sogenannte „coltan fingerprinting“ – die Herkunft des Rohstoffs eindeutig nachzuweisen.

Die Wirkungen

Zahlreiche Unternehmen, Organisationen und Staaten unterstützen heute die Umsetzung der EITI-Standards. In ihrer Gipfelerklärung von 2007 sprachen sich die G8-Staaten in Heiligendamm deutlich für die Unterstützung von EITI aus. Mehr als 25 rohstoffreiche Staaten schlossen weltweit erste Maßnahmen zur Etablierung der Standards erfolgreich ab. Sie gelten nun als EITI-Kandidaten und setzen weitere Prinzipien schrittweise um. In Aserbaidschan, wo 70 Prozent der Exporte und 50 Prozent der Staatseinnahmen mit Öl und Gas erwirtschaftet werden, sind heute schon alle EITI-Kriterien erfüllt. Rund 20 Millionen Euro stehen zurzeit im Multi Donor Trust Fund zur Verfügung, um die Transparenz im Rohstoffsektor weiter zu erhöhen. Damit fügt sich EITI nahtlos in eine umfassende Strategie zur Verbesserung des Managements natürlicher Ressourcen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung ein.

„Ressourcen gerecht verteilen“

Wasserversorgung und Wasserressourcenmanagement in der Region MENA (Middle East North and North Africa) am Beispiel Palästina

Referentin: Anja Bentlage, Senior-Sektorökonomin Kompetenzzentrum Wasser/Abfallwirtschaft Nahost
KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

Palästinenser und Israelis leben getrennt durch Kontrollposten und Grenzanlagen, hängen jedoch von den gleichen Wasservorkommen ab. Diese stammen zu einem großen Teil aus den Bergen des Westjordanlands. Ungereinigtes Abwasser in den palästinensischen Gebieten gefährdet die ohnehin knappen Trinkwasserreserven. Fast überall fehlt eine geregelte Abwasserentsorgung, notwendige Investitionen blieben wegen des Konflikts aus. Die Folgen sind hohe Nitratwerte im Trinkwasser und wasserbedingte Erkrankungen der palästinensischen Bevölkerung. Im Nordwesten des Westjordanlands spielt sich dieses Szenario unter anderem in dem Trockental Wadi Zeimar ab. Das Abwasser von mehr als 200.000 Menschen aus den Städten Nablus und Tulkarem und vielen kleinen Orten fließt dieses Wadi entlang. Die Hälfte versickert unterwegs. Erste Trinkwasserbrunnen mussten stillgelegt werden. Erst jenseits der Trennmauer steht auf israelischer Seite eine einfache Abwasser-Kläranlage. Diese ist vor allem während der Oliven-ernte völlig überlastet, wenn zusätzlich enormer Schmutz aus der Olivenöl-Produktion ins Abwasser gerät. Die fehlende Klärung zerstört auch die Bemühungen der Israelis, weiter flussabwärts ein Naherholungsgebiet einzurichten.

Das Projekt

Die KfW Entwicklungsbank arbeitet seit Ende der 1990er Jahre, zusammen mit den palästinensischen und israelischen Behörden und durch den Nahostkonflikt immer wieder unterbrochen, an einer Lösung für das Wadi Zeimar. Maßnahmen in Nablus und Tulkarem schützen das Grund- und Oberflächenwasser und verbessern die Gesundheit der Bevölkerung. Die Systeme sind so konzipiert, dass ihr Betrieb durch die palästinensischen Behörden gewährleistet ist, auch wenn diese – durch den Konflikt bedingt – wenig finanzielle Ressourcen und fachliches Know-how zur Verfügung stellen können. Im oberen Verlauf des Wadis wird das Abwasser von etwa 100.000 Einwohnern der Stadt Nablus in einer neuen Kläranlage gereinigt. Die Baumaßnahmen werden voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2009 starten. 35 Millionen Euro fließen in dieses Projekt. Im unteren Teil des Wadis wird das Abwasser von mehreren Orten und Dörfern gesammelt. Einige Orte erhalten erstmals ein Abwassersammelnetz. Nahe der Grenze zu Israel ist in Tulkarem eine Vorklärung des Abwassers geplant, dort bereits gebaute Klärteiche aus einem älteren Vorhaben werden in das Gesamtkonzept mit einbezogen. Nach der Vorklärung überquert das Abwasser die Grenze und wird in der israelischen Kläranlage weiter gereinigt, die aufgrund der Maßnahmen nicht mehr überlastet ist. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH wird eine leistungsfähige Wasser- und Abwasserabteilung in der Stadtverwaltung Tulkarem aufgebaut. Ein regionaler Zweckverband wird über die Interessen jedes einzelnen Ortes wachen. Finanzielle und technische Unterstützung ermöglicht es auch den Olivenmühlen, Olivenöl umweltgerechter zu produzieren. Die Maßnahmen werden durch einen Zuschuss von 13 Millionen Euro finanziert.

Die Wirkungen

Das Projekt der KfW Entwicklungsbank hilft, die Wasserressourcen in der Region zu schützen und wirkt dabei grenzüberschreitend. Es ordnet sich ein in die Vision von lokalen Umweltschützern und Friedensförderern, im Wadi Zeimar einen „Friedenspark“ auf israelischer und palästinensischer Seite zu errichten, nach dem Vorbild grenzüberschreitender Nationalparks im südlichen Afrika.

„Frauen in Konflikten stärken“

Stärkung der Menschenrechte indigener Frauen, Ecuador

Referentin: Miriam Lang, Fachkraft des Zivilen Friedensdienstes des DED, Soziologin und Publizistin
Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH (DED)

Die Ausgangslage

In einigen Regionen Ecuadors fehlt der Staat als Garant für Rechtssicherheit. Das betrifft vor allem Gebiete in den Anden. Gerade in diesen Regionen leben Frauen oftmals in Rechtlosigkeit, da auch die traditionellen lokalen Rechtsstrukturen sie und ihre Belange nicht berücksichtigen. Wer sein Recht einklagen möchte, stößt oft auf Hürden. Besonders für indigene Frauen ist der Zugang zum staatlichen Justizsystem kaum möglich. Sie haben nicht die finanziellen Mittel, wohnen auf dem Land fernab juristischer Beratung und sprechen nur ihre traditionelle Sprache. Das ist vor allem ein Problem, wenn es um die Aufklärung und Sanktionierung geschlechtsspezifischer Gewalt geht.

Das Projekt

Das Programm des Zivilen Friedensdienstes des DED unterstützt den Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen (UNIFEM) in dessen Engagement zur Stärkung der Rechtssicherheit der Frauen. Das Projekt gibt es seit 2005. Eine der Aufgaben liegt darin, den Zugang der Frauen zum staatlichen sowie zum traditionellen indigenen Recht zu verbessern. Die Friedensfachkräfte setzen sich ein für eine stärkere Beteiligung der Frauen an traditionellen Entscheidungsstrukturen und an der gemeinschaftlichen Rechtssprechung. Gleichzeitig versuchen sie, die spezifischen Bedürfnisse ländlicher und indigener Frauen in die nationale staatliche Politik einzubringen. Bisher waren sie von den geschaffenen Gesetzen und Versorgungsstrukturen weitgehend ausgeschlossen.

Die Soziologin und Publizistin Miriam Lang fördert die lokale Organisation unter anderem durch Beratungs- und Vernetzungsarbeit, ermöglicht den Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren in verschiedenen Regionen und gewinnt immer wieder indigene Männer als Unterstützer für die Thematik. Außerdem hilft sie zum Beispiel beim Erstellen von Regelwerken zur lokalen Rechtssicherheit, die von lokalen Akteuren selbst entwickelt wurden. Jetzt müssen diese Regelwerke in Kampagnen und mit Workshops in den Dörfern bekannt gemacht werden.

Die Wirkungen

Es gelang, indigene Männer und Frauen für Fragen der Rechtssicherheit von Frauen zu sensibilisieren. In der gesamten Andenregion wurden Mitarbeitende von Radionetzwerken geschult, die nun die Verbreitung der Thematik unterstützen. Außerdem legen die Regelwerke zum friedlichen Zusammenleben von Frauen und Männern einen gemeinschaftlichen Rechtsweg für geschlechtsspezifische Konflikte fest. Nach der Einführung in den Dörfern besteht somit für alle Beteiligten Transparenz und Rechtssicherheit. Das förderte die Partizipation von Frauen in den Dorfstrukturen und stärkte gleichzeitig die traditionelle indigene Justiz als Ausdruck kultureller Vielfalt und kollektiver indigener Rechte.

„Frauen in Konflikten stärken“

Traumatisierte Frauen – Rückkehr in die Gesellschaft, DR Kongo

Referentin: Claudia Bürkin, Projektmanagerin Kompetenzzentrum Governance Subsahara-Afrika
KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

Nach den jahrelangen Kriegen und Konflikten und dem kompletten Zusammenbruch des Staatsapparates kommt das Land vor allem im Osten, an der Grenze zu Ruanda, Uganda und Burundi, nicht zur Ruhe. Angesichts der politisch, sozial und wirtschaftlich unsicheren Lage ist die Reintegration von Ex-Kombattanten, intern Vertriebenen, Flüchtlingen und anderen Bevölkerungsgruppen, die unter den Kriegsfolgen zu leiden haben, in das zivile Gesellschaftsleben eine große Herausforderung. Besonders im Osten beförderten ein Leben in ständiger Unsicherheit und mangelnde Einkommensalternativen die Präsenz unterschiedlichster bewaffneter Gruppen und die Rekrutierung jugendlicher Kämpfer. Das nationale Demobilisierungsprogramm zählt offiziell 4.650 entwaffnete Soldaten allein in der Provinz Maniema, aber tatsächlich dürften es 16.000 sein und noch weit mehr in den Provinzen Nord- und Südkivu. Sie richteten unvorstellbares Leid unter der Zivilbevölkerung an, vor allem unter Frauen und Mädchen. Massenvergewaltigungen und barbarische Verstümmelungen der Geschlechtsorgane – die jüngsten Opfer waren vier Jahre alt, die ältesten 70 – gehörten zum Alltag.

Das Projekt

Das Programm der deutschen Finanziellen Zusammenarbeit unterstützt die Reintegration von Ex-Kombattanten und Flüchtlingen in das zivile Leben in den Provinzen Maniema und Nord-Kivu. Der ganzheitliche Ansatz, Täter, Opfer und die Gesamtbevölkerung einzubinden, prägt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in der Provinz. Das Programm arbeitet daher in drei Bereichen: Arbeitsintensiver Straßenbau trägt dazu bei, die Region wirtschaftlich zu öffnen. Mindestens 30 Prozent der Arbeitskräfte sind Ex-Kombattanten, eine Vorgabe, die ihre soziale Integration unterstützt. Zusammen mit der Welthungerhilfe wird eine 253 km lange Straße wiederhergestellt und die Landwirtschaft in den angrenzenden Dörfern gefördert. 3.000 ehemalige Kindersoldaten wurden eingeschult und unterrichtet.

Mittel der Finanziellen Zusammenarbeit ermöglichen der kongolesisch-amerikanischen Nichtregierungsorganisation „Heal Africa“ medizinische Behandlung und psycho-soziale Begleitung von über 10.000 vergewaltigten Frauen und Mädchen. Dörfliche Komitees wählten in der Provinz lokale Beraterinnen aus, die Kontakt zu den Gewaltopfern aufnehmen und sie in ihren Gemeinschaften betreuen, ohne sie zu stigmatisieren. Kleinstprojekte fördern die Rückkehr der Frauen in die dörfliche Gemeinschaft. Als weiterer Projektschwerpunkt werden lokale Wirtschaftskreisläufe wiederbelebt. Gemeinsam mit CARITAS Kongo unterstützt das Programm Mikroprojekte im Wegebau, der Landwirtschaft oder Kleinstunternehmen und öffnet die Landbevölkerung für Strukturen der Konfliktlösung und -prävention.

Die Wirkungen

Das Projekt trägt bedeutend zum Friedensprozess im Ostkongo bei und steht im Einklang mit dem übergreifenden Engagement der Bundesregierung für die Reintegration von Ex-Kombattanten in der Region der Großen Seen. Das Wiederbeleben wirtschaftlicher Aktivitäten und das gezielte Unterstützen der Bevölkerung verbessern die Bedingungen für die Aufnahme der Ex-Kombattanten und der rückkehrenden Flüchtlinge. Entlang der Straße ist die Wiederbelebung der Wirtschaft deutlich zu erkennen: Lebensmittelpreise sinken und in den Dörfern stehen neue Unterkünfte für rückkehrende Familien. Die Maßnahmen für Frauen und Mädchen bewertet die Bevölkerung überaus positiv, vor allem da sie in einigen Gebieten die einzigen Aktivitäten dieser Art zum Wohl der vergewaltigten Frauen sind.

„Krisen- und Katastrophenvorsorge“

Katastrophenvorsorge im südlichen Afrika

Referent: Hinrich Mercker, Leiter der Abteilung Umwelt, Energie und Wasser
InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

Die Ausgangslage

Die meisten Menschen im südlichen Afrika leben von der Landwirtschaft – oft mehr schlecht als recht. Dürren, Fluten, Erdbeben und Stürme gefährden ihre ohnehin prekäre Ernährungslage zusätzlich. Der Klimawandel verschärft diese Situation noch: Dürren dauern länger, Fluten und Stürme wüten heftiger. Zu Katastrophen werden diese Naturereignisse vor allem, weil sie die Menschen unvorbereitet treffen. Eine wirksame Katastrophenvorsorge ist deshalb oberstes Gebot, um die Folgen solcher Ereignisse einzudämmen und Tote, Hunger und Elend möglichst zu vermeiden.

Die Vereinten Nationen legten mit der Internationalen Strategie für Katastrophenminderung (International Strategy for Disaster Reduction, ISDR) 1999 die Richtung fest, wie ein vorausschauender Umgang mit Risiken aussehen kann. Informationsmanagement, eine kontinuierliche Analyse, welche Faktoren Menschen und Regionen besonders verletzbar machen, Frühwarnsysteme und grenzüberschreitende Kooperation gehören zu den wesentlichen Schritten einer effizienten Katastrophenvorsorge.

Das Projekt

InWEnt gliedert sich seit 2002 mit Capacity-Building-Programmen in diese Strategie ein. Im südlichen Afrika führte InWEnt gemeinsam mit dem Nationalen Institut für Katastrophenmanagement (Instituto Nacional de Gestao de Calamidades, INGC, Mosambik) ein regional ausgerichtetes Programm durch: „Disaster Risk Management – Southern African Network for Capacity Development“ förderte den professionellen Ausbau von Einrichtungen, die staatlicherseits zuständig sind für Katastrophenbewältigung, sei es national oder auf kommunaler Ebene. Grenzüberschreitend war das Programm angelegt, weil Fluten oder Dürren keine politischen Grenzen kennen und so muss auch die Vorsorge agieren. Ziel war es, Institutionen zu stärken sowie Multiplikatoren und Trainer fachlich zu schulen.

Seit 2006 konzentriert sich InWEnt auf Capacity-Building-Aktivitäten für die Zivilbevölkerung in Mosambik. Die Menschen sollen lokal Bewältigungsstrategien aufbauen und Maßnahmen zum Selbstschutz ergreifen. Bildung spielt dabei eine wesentliche Rolle. Deshalb arbeitet InWEnt mit dem INGC, mit dem mosambikanischen Erziehungsministerium, Universitäten und mit pädagogischen Instituten zusammen, um Grundschullehrer als Multiplikatoren auszubilden. Sie tragen das Thema Katastrophenschutz in die Kleinstädte und Dörfer, in denen sie arbeiten.

Die Wirkungen

In verschiedenen Gemeinden wurden Komitees zum Katastrophenmanagement eingerichtet, die spezifische Aufgaben erfüllen: die Gemeinde gezielt auf den Katastrophenfall vorbereiten, rechtzeitig warnen und relevante lokale Einrichtungen informieren, Erste-Hilfe-Maßnahmen durchführen und evakuieren. Werbematerialien wie Plakate, bedruckte T-Shirts, ein Film sowie die Zusammenarbeit mit Lokaljournalisten tragen zur Bewusstseinsbildung der Bevölkerung bei. Die Lehrer erreichen eine große Zielgruppe, da die Grundschulen in vielen Regionen Mosambiks oft nicht nur von Kindern, sondern auch von älteren Jugendlichen besucht werden, die zuvor keine Chance auf eine Schulausbildung hatten. Lehrer und Schüler geben ihre Kenntnisse zu Katastrophenrisiken und -vorsorge weiter.

„Krisen- und Katastrophenvorsorge“

Unterstützung von Konfliktfrühwarnsystemen in Afrika: ECOWAS und IGAD

Referentin: Sonja Vorwerk-Halve, Projektleiterin in der Abteilung Verwaltungspolitik/Sicherheitspolitik
InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

Die Ausgangslage

Sierra Leone, Liberia, Côte d'Ivoire, Casamance, Darfur, Somalia: Viele Länder Afrikas erfuhren leidvoll, dass Bürgerkriege oder schwelende Konflikte soziale Stabilität verhindern und wirtschaftliches Wachstum blockieren. Laut Human Development Index der Vereinten Nationen behaupten sich elf westafrikanische Länder in der Liste der 20 ärmsten Länder der Welt. Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, dass Sicherheit Voraussetzung für Entwicklung ist und regionale Zusammenarbeit ein entscheidender Hebel hierfür. Deshalb suchen Regionalorganisationen wie die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (Economic Community of West African States, ECOWAS) oder die Intergovernmental Authority on Development (IGAD) in Ostafrika nach Wegen zu Sicherheit und Frieden. Beide Regionalorganisationen etablierten Frühwarnsysteme, um Konflikte rechtzeitig zu erkennen und eine Eskalation zu verhindern. 1975 von Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Nigeria, Niger, Senegal, Sierra Leone und Togo gegründet, um bessere Bedingungen für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen, ist ECOWAS heute ein wichtiger Partner regionaler Friedens- und Sicherheitspolitik. Ähnliches gilt für IGAD, gegründet 1996 von Äthiopien, Djibouti, Eritrea, Kenia, Somalia, Sudan und Uganda, um die wirtschaftliche Integration voranzutreiben und Frieden zu sichern. IGAD war maßgeblich an der Aushandlung eines Friedensabkommens zwischen Nord- und Südsudan beteiligt.

Das Projekt

InWEnt unterstützt durch Capacity Building seit Januar 2006 den Aufbau des Conflict Early Warning and Response Mechanism von IGAD (CEWARN) und des Early Warning and Early Response Network von ECOWAS (ECOWARN). Ein effektives Frühwarnsystem braucht Beobachter (sogenannte Field Monitors) und Analysten, die fachlich und methodisch den Anforderungen ihrer Aufgaben gerecht werden. Mitarbeiter der Regionalorganisationen sowie staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen qualifizieren sich in gemeinsamen Trainings weiter. Fachtreffen, Trainings von Trainern und Evaluierungen ergänzen das Weiterbildungsangebot. Die mit ECOWAS und IGAD entwickelten Trainingshandbücher sind dabei ein wichtiges Instrument. Zu den Themen zählen Konzepte und Methoden der Konfliktanalyse, Erhebung und Management von Daten, Strategieentwicklung und nicht zuletzt die Klärung, welche Funktion welcher Akteur innerhalb eines Frühwarnsystems hat. Das Programm läuft noch bis Dezember 2009. Bisher nahmen 80 Personen an den Trainings und Veranstaltungen teil.

Die Wirkungen

Zentrale Elemente der Frühwarnsysteme sind die Daten-Erhebung und -Auswertung. Dabei arbeiten die Regionalorganisationen eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen. Den Experten von ECOWAS und IGAD obliegt es dann, die Daten zu analysieren und Empfehlungen für die Mitgliedsstaaten auszusprechen. Der fachliche Austausch unter Experten ganz unterschiedlicher Herkunft und ihre dauerhafte Vernetzung ist ein Schlüssel zum Erfolg der Frühwarnsysteme. Der Ausbau von Fachwissen und methodisch-technischer Kompetenz dient vor allem einem Ziel: Die Handlungsfähigkeit der Regionalorganisationen, insbesondere ihrer Frühwarn-Einheiten, auf personeller wie institutioneller Ebene zu verbessern. Gelingt dies, können die Regionalorganisationen ihre stabilisierende und friedenssichernde Rolle wahrnehmen.

„Jugendgewalt vorbeugen“

„Jeder Schuss ist verloren“: Jugend, Gewalt- und Friedenskultur in Kolumbien

Referent: Peter Hauschnik, Leiter des Vorhabens „Friedensentwicklung durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft (CERCAPAZ)“

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Die Ausgangslage

Kolumbiens Staatsmacht stößt an ihre Grenzen. Seit Jahrzehnten prägen gewaltsame Konflikte die innenpolitische Landschaft. Korruption und Patronage hemmen die Leistungsfähigkeit öffentlicher Einrichtungen. Bürgerinnen und Bürger stehen dem Staat zutiefst misstrauisch gegenüber. Zahlreiche Friedensinitiativen engagieren sich zwar gegen die Gewaltkultur im Land, sind aber nicht in funktionierende, überregionale Strukturen eingebunden. Eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft gibt es nach wie vor kaum. Eine der größten Herausforderungen: der Wechsel von einer Gewalt- zu einer Friedenskultur, quer durch alle Generationen, mit einem besonderen Blick auf Jugendliche.

Das Projekt

Die GTZ unterstützt die Friedensentwicklung in Kolumbien seit 2007. Mit dem Programm CERCAPAZ fördert sie die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft, um die Leistungsfähigkeit staatlicher Stellen durch größere Bürgerbeteiligung und bessere Rechenschaftslegung zu steigern. Auftraggeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das Vorhaben strebt vier Schlüsselergebnisse an: Erstens hilft es kommunalen und regionalen Verwaltungen, mehr Transparenz bei der Verwendung öffentlicher Mittel herzustellen. Zweitens stärkt es Nicht-Regierungsorganisationen in ihren Fähigkeiten, politische Interessen gegenüber dem Staat zu artikulieren. Drittens entwickelt und verbreitet es Mechanismen zur friedlichen Konfliktbearbeitung, vorwiegend im Wasserressourcen-Management und in der Waldbewirtschaftung. Viertens bindet es private Unternehmen in die Friedensförderung ein.

Die GTZ kooperiert dabei mit Friedensinitiativen, an denen sich vor allem Jugendliche beteiligen. Eine besonders anschauliche Form der Zusammenarbeit hat sich mit dem Musiker Cesar Lopez entwickelt. In seinen Songs nimmt er kein Blatt vor den Mund. Er singt von Müttern, die ihre Söhne in einem sinnlosen Krieg verloren haben. Eine seiner bekanntesten Textzeilen lautet: „Jeder Schuss ist verloren.“ Lopez arbeitet mit Jugendlichen und Betroffenen des Gewaltkonflikts sehr eng zusammen. Sein Markenzeichen ist die ESCOPETARRA, eine Gitarre in der Form einer AK 47: Ein Bild dafür, wie ein Instrument der Gewalt in eine friedliche Form übertragen werden kann. Sein erklärtes Ziel ist die Versöhnung aller in den Konflikt verwickelten Parteien.

Die Wirkungen

Die vom Programm unterstützten regionalen Jugendgruppen schlossen sich inzwischen zu einem nationalen Verband zusammen. So verbesserten sich der Erfahrungsaustausch untereinander und die Interessenvertretung in der nationalen Diskussion. Friedliche Wege der Konfliktbearbeitung führte das Programm beispielhaft in einem Wassereinzugsgebiet ein. Dort sitzen heute ehemalige Konfliktparteien – lange zu keinerlei Austausch bereit – an einem Tisch. Gemeinsam suchen sie nach Lösungen, die der Region insgesamt, nicht nur einer Partei, nutzen. Der nationale Rechnungshof griff eine vom Programm entwickelte Methode zur Kontrolle öffentlicher Finanzen auf und führte sie für alle regionalen Rechnungshöfe verpflichtend ein. Zudem erstellen viele Gemeinden inzwischen Entwicklungspläne, die Themen wie Versöhnung und Friedensentwicklung berücksichtigen.

„Jugendgewalt vorbeugen“

Friedenserziehung für Jugendliche mit Medien, Ruanda

Referent: Andreas Wagner, Fachkraft des Zivilen Friedensdienstes des DED, Medienexperte
Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH (DED)

Die Ausgangslage

In Ruanda leben 57 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, 40 Prozent sind unterernährt. Seit dem Genozid von 1994, bei dem etwa eine Million Menschen ermordet wurden, unternahm Ruanda große Anstrengungen, um die Armut im Land zu bekämpfen. Doch nicht nur administrative Stabilität und wirtschaftliches Wachstum sind wichtig für die weitere Entwicklung Ruandas. Die Versöhnung zwischen den beiden großen Volksgruppen Hutu und Tutsi ist entscheidende Voraussetzung für eine Vergangenheitsbewältigung. 15 Jahre nach dem Genozid identifizieren sich viele Jugendliche auf Grund persönlicher Erfahrungen mit einer der beiden Volksgruppen und grenzen sich gegen die andere ab. Das zementiert bestehende Gräben, schafft neue und erschwert erheblich eine offene und entspannte Auseinandersetzung. Auch führt die Kultur des Schweigens dazu, dass die Jugendlichen sich nur selten am Versöhnungs- und Demokratisierungsprozess beteiligen.

Das Projekt

Das „Forum des Jeunes Giramahoro“ fördert mit Unterstützung des Programmes Ziviler Friedensdienst des DED unterschiedliche Projekte mit Jugendlichen, um zur Versöhnung der beiden Volksgruppen beizutragen und den Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Zum Beispiel produzieren 25 Jugendliche eigenständig einmal in der Woche eine 30-minütige Radiosendung für Jugendliche und alle zwei Monate eine Jugendfriedenszeitung, beides unter dem Namen „Heza!“. Die Sendung wird seit dem 6. Januar 2008 ausgestrahlt. Der Name „Heza!“ bedeutet: „Ort, an dem man sich zu Hause fühlt“ oder auch „Ort, an dem man Frieden findet“. Sie sprechen über Musik und Filme, aber auch darüber, wie Jugendliche die Zeit des Genozids erlebt haben. Dabei geht es um die Kindheit von allen: von Überlebenden, von Kindern von Genozidären oder Flüchtlingen. Das Medium Radio erreicht besonders effektiv viele Menschen und ist daher wichtig. Es verschafft den Jugendlichen auch außerhalb der Städte Gehör, denn gerade in den ländlichen Regionen sind die Menschen auf das Radio angewiesen. Im Rahmen eines weiteren Projektes „Cineduc“ zeigen das „Forum des Jeunes Giramahoro“ und der DED Filme, die zur Friedenserziehung beitragen. Nach jeder Vorstellung findet eine Diskussion über den jeweiligen Film statt. Der Literaturwissenschaftler Andreas Wagner hat das Projekt mit Unterstützung der Partner „Voice of America“ und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH initiiert und koordiniert.

Die Wirkungen

Heza! und Cineduc bieten jungen Ruandern zwischen 16 und 25 Jahren die Chance, sich mit dem Friedensprozess auseinander zu setzen und positiv auf ihn einzuwirken. Sie entwickeln in den Projekten ihre kreativen und intellektuellen Kapazitäten. Durch die Radiosendung und die Zeitschrift schaffen sie es, die Einstellung und das Verhalten anderer Ruander zu beeinflussen und damit den Friedensprozess voran zu bringen. Jede Ausgabe der Zeitung lesen etwa 5.000 Jugendliche. Die Radiosendung hören ungefähr zwei Millionen Jugendliche und Erwachsene in Ruanda und in den grenznahen Regionen der Nachbarländer. Auch die Cineduc-Vorführungen sind gut besucht. Zwischen August 2005 und April 2009 gab es etwa 1.500 Veranstaltungen mit 200.000 Besuchern in ganz Ruanda.

Die Rolle der Medien in Konflikten

Medien haben eine vitale Funktion für jede demokratische Gesellschaft: Sie schaffen Raum für öffentliche Debatten. Wo Kontroversen unterdrückt, unterschiedliche Interessen nicht benannt werden – kurz: wo es keine Demokratie gibt –, sind Medien besonders gefordert.

Unstrittig ist, dass Medien eine entscheidende Rolle in Konflikten und Kriegen spielen. Sie können Konflikte entschärfen und Versöhnung fördern, indem sie Hintergründe und Interessen analysieren, Zusammenhänge aufdecken, alle Parteien zu Wort kommen lassen und sachlich berichten. Doch nicht minder können Medien Konflikte anheizen, wenn sie parteiisch berichten und instrumentalisiert werden.

Es ist das Ziel des Internationalen Instituts für Journalismus (IJJ), das Bewusstsein der Medien für diese besondere Verantwortung zu schärfen. Medienethik ist deshalb ein wiederkehrendes Thema in den Weiterbildungsprogrammen des IJJ, nicht erst mit der Hinwendung zum Online- und Multimedia-Journalismus. Journalisten und Journalistinnen müssen für die Aufgabe, demokratische Prozesse zu fördern, gewonnen werden; sie sind nicht qua Beruf konflikt- oder gendersensibel.

Wie Journalisten in gewaltsamen Konflikten de-eskalierend und konstruktiv berichten können, thematisiert das IJJ beispielsweise in dem Kurs „The media's role in conflict transformation and peace building“, der seit 2007 für westafrikanische Journalisten angeboten wird, oder in gemeinsamen Workshops mit PECOJON. Dieses asiatische Netzwerk von Print- und Online-Medien startete 2004 als philippinisch-deutsches Projekt und bietet Medienmachern aus der südostasiatischen Region Trainings in Friedens- und Konfliktberichterstattung.

Auf die Kenntnis des politischen Feldes zielt das Training für westafrikanische Journalisten in Ghana zur Wirtschaftsgemeinschaft Economic Community of West African States (ECOWAS). Neben Geschichte und Arbeitsweise von ECOWAS geht es um die Frage, welche Gremien nach welchen Regeln Entscheidungen treffen und wie diese dann umgesetzt werden. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen diskutieren, welche Rolle ECOWAS in der Sicherheitsarchitektur Westafrikas oder im Welthandel spielen kann. Darüber hinaus ist es wichtig, Journalisten aus den verschiedenen Mitgliedsländern miteinander zu vernetzen – und zwar über die anglo- und frankophone Sprachgrenze hinweg. Gerade diese transnationalen Kontakte entscheiden mit darüber, ob das Gemeinschaftsprojekt ECOWAS langfristig ein Erfolg sein wird. Der Kurs läuft seit Jahren sehr erfolgreich. Die Chefredakteure der verschiedenen Zeitungen schicken immer wieder neue Teilnehmer, weil sie sehen, wie sich die Arbeit ihrer Redakteure verbessert.

Das IJJ bildet seit 1962 themenzentriert und praxisnah Journalisten und Journalistinnen aus Entwicklungs- und Schwellenländern fort. Die internationale Zusammensetzung der Trainings wie auch der Konferenzen ist Programm: Sie übt den Blick für andere Positionen und sie fördert grenzüberschreitende Netzwerke. Sachkompetenz aber steht im Zentrum. Deshalb sind die Trainings zu Wirtschafts-, Politik- oder Umweltberichterstattung auch keine Trockenübungen, sondern die Teilnehmenden reisen zu Wirtschaftskonferenzen, recherchieren Umweltkandale, interviewen Politiker.

Die Journalisten und Journalistinnen können auch E-Learning-Programme nutzen und selbstverständlich bloggen und twittern die IJJ-Teilnehmer zu aktuellen Themen: www.ijj-blog.org

Kultur als Stabilitätsfaktor – Musik, die versöhnt

Die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ihre Ausrichtung auf den Abbau von Feindbildern und das Fördern eines Dialogs zwischen verschiedenen Kulturen: All dies trägt zu friedlichen Konfliktlösungen bei. Kultur – so auch die Musik – ist ein wirksames Mittel, Friedensbotschaften zu transportieren.

Unter dem Diktat der Taliban war es in Afghanistan streng verboten, Musik zu hören, zu spielen oder aufzuführen. Auch für den afghanischen Superstar Farhad Darya blieb nur das Exil. Seit dem Ende der Taliban-Herrschaft im Jahr 2001 blüht das Kulturleben im Land wieder auf. Darya war der erste afghanische Sänger, der für ein Konzert in seine Heimat zurückkehrte – es war das bis dahin größte Konzert in der Geschichte Afghanistans.

Frieden stiften durch Musik: Farhad Darya

Als der die afghanische Musik der letzten dreißig Jahre am meisten beeinflussende Künstler nutzt Darya seine Auftritte und seine Popularität, sich für die Opfer des afghanischen Bürgerkrieges zu engagieren, um für Frieden, einen friedlichen Wiederaufbau und ein Miteinander ohne Waffen und Gewalt zu werben. Durch seine kreative Arbeit bekämpft Darya auch die Gewalt gegen Frauen in Afghanistan.

Seine Musik vereint traditionelle afghanische Rhythmik mit modernen, zeitgenössischen Elementen. Viele seiner Lieder greifen politische Themen auf. So erzählt eines seiner Lieder die Geschichte eines Mädchens, das aus dem Jenseits zurückkehrt und seine Steinigung anklagt. Auf seinen Konzerten in Afghanistan bringt Darya friedlich Bevölkerungsgruppen wie Paschtunen, Hazara und Tadschiken zusammen. Bis zu 45.000 Menschen besuchen seine Auftritte. Dabei sprechen seine Lieder alle Altersklassen und Bevölkerungsschichten an. Darya singt in sieben Sprachen (Dari und Paschtu sowie in Usbekisch, Indisch, Arabisch, Spanisch und Englisch).

Farhad Daryas neue CD „Yaahoo“ entstand in Zusammenarbeit mit dem Zivilen Friedensdienst (ZFD) des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED). 5.000 CDs wurden an alle Radiostationen in Afghanistan zum Internationalen Friedenstag (21. September) verteilt. Die restlichen der im Rahmen der Kooperation produzierten CDs wurden verschenkt. In Afghanistan können fast 70 Prozent der Bevölkerung weder lesen noch schreiben, jedoch besitzen fast 80 Prozent der Bevölkerung ein Radio. So vernehmen geschätzte 20 Millionen Hörer und Hörerinnen Daryas Botschaft der Versöhnung und des Friedens.



Bild: <http://www.daryasvond.com/>

Kurzbiografie Farhad Darya – Sänger, Komponist, Lyriker und Friedensbotschafter

Geboren 1962 in Gozargaah, Kabul (Vater: Paschtune, Mutter: Tadschikin)
Literaturstudium an der Universität Kabul. Während dieser Zeit gründete Darya die Band Gorohe Baran (Regen-Band). Diese wurde nach ihrem ersten Album zur erfolgreichsten Band Afghanistans

1980: erster Auftritt im afghanischen Fernsehen

1985: Beginn der Solokarriere. Mit den ersten Singles wurde er 19-jährig in ganz Afghanistan bekannt.

1989: Exil (Prag, Hamburg und Paris)

Bis heute Veröffentlichung von mehr als 30 Schallplatten und CDs
Schreibt und komponiert für viele weitere afghanische Sänger
Diverse musikalische Auszeichnungen

1995: Exil (Virginia, USA)

2003: Rückkehr nach Afghanistan

2006: Afghanischer „Human Rights Award“
Preis der „Human Rights Commission“ für seine Fernsehshow „Street“, in der es um die Verwundbarkeit und das unentwickelte Potenzial afghanischer Kinder geht. Die Show ist ein laufendes Projekt, aus dem sich die Non-Profit-Organisation „KOCHAH“ entwickelte.

2007: Gründung der Non-Profit-Organisation „KOCHAH“ („Straße“), die benachteiligten Kindern eine sinnvolle Begleitung und Bildungsmöglichkeiten bietet. Die Organisation zielt auch auf das Schaffen eines Bewusstseins für die Rechte und den nötigen Schutz der afghanischen Kinder.

Seit 2008 UN-Friedensbotschafter für Afghanistan

Darya verbringt die meiste Zeit des Jahres in Afghanistan und reist von dort aus in die ganze Welt.

Referentinnen und Referenten: Kurzportraits

Dr. Alema Alema

Die Deutsch-Afghanin Alema studierte in Deutschland Sozialwissenschaften und promovierte in Leipzig zu den deutsch-afghanischen Beziehungen in den Jahren 1919 bis 1929. Seit dem Jahre 2002 lebt die ausgebildete Friedensfachkraft wieder in Afghanistan und arbeitet dort in verschiedenen Wiederaufbauprojekten als DED-Fachkoordinatorin des Zivilen Friedensdienstes in Afghanistan. 2004 gründete Alema mit Frauenrechtsaktivistinnen das Women Political Participation Committee Afghanistan (WPPC). Seit ihrer Rückkehr nach Afghanistan förderte Alema über 250 Projekte.

Farhad Darya

Darya, geboren 1962 in Kabul, ist heute der wohl bekannteste afghanische Sänger, Komponist und Aktivist für Frieden und Menschenrechte. Seit 1981 wurde Daryas Musik in Afghanistan zensiert, weshalb er das Land 1989 verließ und ins Exil ging. Erst nach 13 Jahren kehrte er in seine Heimat zurück. Darya engagiert sich stark für Straßenkinder in Afghanistan und gründete die Non-Profit-Organisation „KOCHAH“. Diese setzt sich für bessere Bildungschancen und mehr Rechte für afghanische Kinder ein. 2008 wurde er vom United Nations Development Program (UNDP) zum National Goodwill Ambassador für Afghanistan ernannt.

Prof. Dr. Peter Eigen

Eigen ist Mitbegründer und seit 2005 Chairman der internationalen Transparenzinitiative der Rohstoff Industrie (Extractive Industries Transparency Initiative, EITI). Er gründete 1993 die Nicht-Regierungsorganisation Transparency International (TI); seit 2006 ist er Vorsitzender des Advisory-Boards von TI. TI engagiert sich weltweit gegen Korruption. 2007 gründete er das Berlin Civil Society Center, das sich für eine starke Zivilgesellschaft und eine bessere Regierungsführung (Global Governance) engagiert. Zuvor arbeitete er 25 Jahre lang in der Entwicklungszusammenarbeit, vor allem für die Weltbank in Afrika und Lateinamerika. Zurzeit lehrt Eigen an der Freien Universität Berlin; zuvor unterrichtete er an zahlreichen Universitäten internationales Wirtschaftsrecht und Politikwissenschaften.

Ingrid-Gabriela Hoven

Seit November 2006 leitet Hoven die Abteilung „Entwicklungspolitik mit Ländern und Regionen; Asien; Lateinamerika; Europa; Friedenssicherung; Vereinte Nationen“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die Volkswirtin absolvierte das Postgraduierten-Programm am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), das europäische Hochschulabsolventinnen und -absolventen auf die Arbeit in der nationalen und internationalen Entwicklungspolitik vorbereitet. Sie arbeitete unter anderem von 1990 bis 1995 für die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH und war drei Jahre Regierungsberaterin in Guatemala.

Prof. Dr. Dirk Messner

Der Wirtschafts- und Politikwissenschaftler ist seit 2003 Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn. Messner berät die Bundesregierung und internationale Organisationen in Fragen der Entwicklungs-, Klima- und Sicherheitspolitik. Er gilt als einer der Vordenker zu Fragen der Global Governance, also Ansätzen, um die Wirkungen der Globalisierung politisch zu gestalten. Messner ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) und Mitglied des „China Council for International Cooperation on Environment and Development“, einem hochrangigem Beratungsgremium der chinesischen Regierung.

Bernd Mützelburg

Der erfahrene Diplomat ist seit Februar 2009 Sonderbeauftragter für Afghanistan und Pakistan. Mützelburg war zuvor Botschafter in Indien und bis Ende 2005 außenpolitischer Berater des damaligen Bundeskanzlers Schröder. Unter dessen Kanzleramtschef Steinmeier prägte er den deutschen Einsatz am Hindukusch mit. Mützelburg bereitete die Petersberger Afghanistan-Konferenz mit vor. Von 2001 bis 2002 leitete er beim Auswärtigen Amt die Abteilung für Globale Fragen, Vereinte Nationen, Menschenrechte und Humanitäre Hilfe.

Referentinnen und Referenten: Kurzportraits

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Seit Oktober 1998 ist Wieczorek-Zeul Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Seitdem hat sie sich insbesondere für die Entschuldung der ärmsten hochverschuldeten Entwicklungsländer, eine gerechte Welthandelsordnung, die Steigerung der Entwicklungsausgaben und die Reform der Weltbank eingesetzt. Sie hat maßgeblich mit dazu beigetragen, dass die Mitgliedsstaaten der EU beschlossen haben, ihre Entwicklungsleistungen bis zum Jahr 2015 auf 0,7 Prozent zu steigern. Als erste deutsche Ministerin hat sie im Jahr 2004 – 100 Jahre nach der Vertreibung und Ermordung der Herero und Nama – in Namibia um Vergebung für die Verbrechen der Kolonialzeit gebeten. Seit 1987 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie vertritt dort ihren Wahlkreis Wiesbaden, in dem sie bei den drei letzten Wahlen mit großer Mehrheit direkt gewählt wurde.

Ehsan Mohammad Zia

Der afghanische Minister für Wiederaufbau und Entwicklung (MRRD) bekleidet seit dem Jahre 2006 dieses Amt. In Großbritannien absolvierte er einen Bachelor-Studiengang in Social Development und erwarb den Master Degree in Post-War Recovery Studies. Seit 1998 arbeitet er in Beraterfunktionen für Hilfs- und Wiederaufbau-Programme in Afghanistan. Minister Zia hat mit internationalen Hilfsorganisationen und Nicht-Regierungsorganisationen wie der German Afghan Foundation (GAF) zusammengearbeitet und ist ein ausgewiesener Experte auf den Gebieten der Konfliktanalyse und Friedensarbeit.

Expertinnen und Experten der Projektpräsentationen

Anja Bentlage

Senior-Sektorökonomin, Kompetenzzentrum Wasser/Abfallwirtschaft Nahost, KfW Entwicklungsbank

Carla Berke

Abteilungsleiterin, Kompetenzzentrum Governance Subsahara-Afrika, KfW Entwicklungsbank

Peter Biermann

Friedensfachkraft für internationale Begleitung im Kolumbienprojekt der peace brigades international (pbi), Team Medellín, Ziviler Friedensdienst (ZFD)

Claudia Bürkin

Projektmanagerin, Kompetenzzentrum Governance Subsahara-Afrika, KfW Entwicklungsbank

Peter Hauschnik

Leiter des Vorhabens „Friedensentwicklung durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft (CERCAPAZ)“, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Achim Koch

Teamleiter im Vorhaben „Wirtschaftliche Reintegration benachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener in Maniema“, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Miriam Lang

Fachkraft des Zivilen Friedensdienstes des Deutschen Entwicklungsdienstes gGmbH (DED), Soziologin und Publizistin

Kristian Lempa

Berater im Leistungsschwerpunkt Rohstoffgovernance und Geopolitik, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Hinrich Mercker

Leiter der Abteilung Umwelt, Energie und Wasser, InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

Dr. Franz-Volker Müller

Teamleiter in den Vorhaben „Landmanagement“ und „Landallokation für soziale und ökonomische Entwicklung“, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Daniel Passon

Leistungsschwerpunkt-Koordinator Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Brigitte Sadzik

Investment Managerin in der Abteilung Programmfinanzierung, DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Judith Strasser

Fachkraft des Zivilen Friedensdienstes des Deutschen Entwicklungsdienstes gGmbH (DED), Psychologin

Sonja Vorwerk-Halve

Projektleiterin in der Abteilung Verwaltungspolitik/Sicherheitspolitik, InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

Andreas Wagner

Fachkraft des Zivilen Friedensdienstes des Deutschen Entwicklungsdienstes gGmbH (DED), Medienexperte

Stefan Zeeb

Abteilungsleiter, Kompetenzzentrum Soziale Infrastruktur und Demokratieförderung Lateinamerika, KfW Entwicklungsbank

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

Organisation

Moderation

Conny Czymoch
Moderatorin bei PHOENIX

Veranstalter



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

konzipiert bilaterale und multilaterale Förderstrategien, unterstützt Entwicklungsprogramme der Partnerländer, arbeitet mit nichtstaatlichen Organisationen und der Wirtschaft zusammen und sorgt für eine kontinuierliche Erfolgskontrolle. Das BMZ beauftragt eigen-

ständige staatliche Organisationen mit der Durchführung von Projekten und Programmen der Entwicklungszusammenarbeit. Diese eigenständigen staatlichen Organisationen sind Mitveranstalter des Journalistenseminars.

Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Tel.: +49 (0)30/1 85 35-24 51
Fax: +49 (0)30/1 85 35-25 95
www.bmz.de

Sabine Brickenkamp, Pressereferentin
Referat 02 – Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49-(0)30/1 85 35-24 52
Fax: +49-(0)30/1 81 05 35 24 52
E-Mail: sabine.brickenkamp@bmz.bund.de

Elisabeth Kirfel-Rühle, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49-(0)30/1 85 35-24 57
Fax: +49-(0)30/1 81 05 35 24 57
E-Mail: elisabeth.kirfel-ruehle@bmz.bund.de



Deutscher
Entwicklungsdienst

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) unterstützt seit 1963 Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika über die Entsendung von Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfern dabei, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Derzeit sind rund 1.200 Fachkräfte in über 45 Ländern tätig. Sie treten ein für Armutsminderung, selbstbestimmte nachhaltige

Entwicklung, für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, für den Aufbau demokratischer Strukturen und für eine zivile Konfliktbearbeitung. Darüber hinaus unterhält der DED ein Nachwuchsförderungsprogramm und entsendet junge Freiwillige im Rahmen des weltwärts-Programms.

Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel.: +49 (0)2 28/24 34-0
Fax: +49 (0)2 28/24 34-111
www.ded.de

Angela Krug, Leiterin Stabsstelle Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen
Tel.: +49 (0)2 28/24 34-131
Fax: +49 (0)2 28/24 34-139
E-mail: angela.krug@ded.de

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam



Die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, ein Unternehmen der KfW Bankengruppe, ist eines der größten europäischen Entwicklungsfinanzierungsinstitute für langfristige Projekt- und Unternehmensfinanzierungen. Sie finanziert und strukturiert seit über 45 Jahren Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die DEG investiert in rentable, nachhaltig entwicklungswirksame Projekte in allen Wirtschaftssektoren: von der Agrarwirtschaft über die verarbeitende Industrie und Dienstleistungen bis zur Infrastruktur. Ein weiterer Schwerpunkt sind Investitionen in den Finanzsektor, um vor Ort einen verlässlichen Zugang zu Kapital zu ermöglichen. Ziel der DEG ist es, privatwirtschaftliche Strukturen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu etablieren und auszubauen, um eine Grundlage zu schaffen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen vor Ort.

Strategie und Kommunikation
Kämmergasse 22
50676 Köln
Tel.: +49 (0)2 21/49 86-0
Fax: +49 (0)2 21/49 86-12 90
www.deginvest.de

Anja Strautz, Stellv. Pressesprecherin
Tel.: +49 (0)2 21/49 86-14 74
Fax: +49 (0)2 21/49 86-12 92
E-Mail: stz@deginvest.de



Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH ist ein weltweit tätiges Bundesunternehmen der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung. Sie unterstützt die Bundesregierung bei der Verwirklichung ihrer entwicklungspolitischen Ziele. Sie bietet zukunftsfähige Lösungen für politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklungen in einer globalisierten Welt und fördert komplexe Reformen und Veränderungsprozesse auch unter schwierigen Bedingungen. Hauptauftraggeber ist das BMZ. Darüber hinaus ist die GTZ tätig für andere Bundesressorts, für Regierungen anderer Länder, für internationale Auftraggeber wie die Europäische Kommission sowie für Unternehmen der privaten Wirtschaft. Ihr Ziel ist es, die Lebensbedingungen der Menschen nachhaltig zu verbessern.

Unternehmenskommunikation
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
Tel.: +49 (0)61 96/79-44 66
Fax: +49 (0)61 96/79-61 69
www.gtz.de

Dr. Hans-Joachim Rabe, Unternehmenskommunikation, Pressteam
Tel.: +49 (0)61 96/79-11 75
Fax: +49 (0)61 96/79-80 11 75
E-Mail: hans-joachim.rabe@gtz.de

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam



Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH

Die **InWent – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH** ist weltweit als Organisation für Capacity Building tätig. Konkret bedeutet dies die Qualifizierung von Fach- und Führungskräften, ihrer Institutionen und der übergeordneten politischen Ebene für eine nachhaltige und global gerechte Entwicklung. InWent kooperiert mit Partnern aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Mit einem Jahresetat von rund 140

Millionen Euro erreicht InWent jährlich etwa 50.000 Personen. Die Methoden reichen von Seminaren über Dialogveranstaltungen bis hin zu E-Learning-Kursen. Alumni-Netzwerke sichern die langfristige Wirkung der Programme.

Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel.: +49 (0)2 28/44 60-0
Fax: +49 (0)2 28/44 60-17 66
www.inwent.org

Ute Lange, Leiterin Stabsstelle Unternehmenskommunikation

Tel.: +49 (0)2 28/44 60-18 74
Fax: +49 (0)2 28/44 60-18 86
E-Mail: ute.lange@inwent.org

Adelheid Schultze, Stabsstelle Unternehmenskommunikation

Tel.: +49 (0)2 28/44 60-18 78
Fax: +49 (0)2 28/44 60-18 86
E-Mail: adelheid.schultze@inwent.org



Die **KfW Entwicklungsbank** finanziert im Auftrag der Bundesregierung Investitionen und begleitende Beratungsleistungen in Entwicklungsländern. Sie trägt zur Armutsbekämpfung, zur Mitgestaltung der Globalisierung, der weltweiten Friedenssicherung sowie zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen bei. Zu den Kernkompetenzen gehören der Umwelt- und Klimaschutz, die Finanzsektorförderung und die Kommunalentwicklung. Die

KfW Entwicklungsbank unterstützt den Einsatz erneuerbarer Energien und Programme zur Steigerung der Energieeffizienz, fördert Vorhaben der Wasserversorgung, der Abfallwirtschaft ebenso wie umweltverträgliche Transportkonzepte. Im Finanzsektor hilft sie beim Aufbau von Mikrofinanzinstitutionen und setzt ihre Kompetenz auch in anderen Bereichen, wie beispielsweise beim Aufbau der sozialen Infrastruktur ein.

Konzernkommunikation
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (0)69/74 31-46 83
Fax: +49 (0)69/74 31-32 66
www.kfw.de

Dr. Charis Pöthig, Stellv. Pressesprecherin

Tel.: +49 (0)69/74 31 46 83
Fax: +49 (0)69/74 31 32 66
E-Mail: charis.poethig@kfw.de

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

Veranstaltungsmanagement

Bergmoser + Höller Agentur
Karl-Friedrich-Straße 64
52072 Aachen
Tel.: +49 (0)2 41/9 38 88-30
Fax: +49 (0)2 41/9 38 88-333
www.buh-agentur.de

Dr. Kerstin Burmeister
(Konzept und Text)
Tel.: +49 (0)2 41/9 38 88-319
Fax: +49 (0)2 41/9 38 88-333
E-Mail: burmeister@buh-agentur.de

Jacqueline Souren-Siemons
(Organisation)
Tel.: +49 (0)2 41/9 38 88-325
Mobil: 01 70/7 83 34 36
Fax: +49 (0)2 41/9 38 88-333
E-Mail: souren-siemons@buh-agentur.de

Alexander Hertkens
(Organisation)
Tel.: +49 (0)2 41/9 38 88-330
Mobil: 01 70/7 83 34 21
Fax: +49 (0)2 41/9 38 88-333
E-Mail: hertkens@buh-agentur.de

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Nachname

Vorname

Ahrens	Norbert	Freier Journalist
Alami	Abdelhai	DW-Radio, Arabische Redaktion
Ammann	Mario	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)
Bartsch	Simone	zeit.de/tagesspiegel.de
Bassler-Eisenblätter	Sibylle	Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF), Mona Lisa
Bätz	Jürgen	Associated Press (AP)
Baumeister	Daniela	Hessischer Rundfunk (HR)
Bomholt	Judith	Mediengruppe Macondo
Buck	Ines	DLG-Verlags-GmbH, Rural 21 – The International Journal for Rural Development
Claus	Olaf, Dr.	Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)
Degbeon	André	Afro TV Berlin
Dehne	Anja	RBB-Reporterpool
Doering	Martina	Berliner Zeitung
Döpker	Tobias	Mannheimer Morgen
Duhr	Michaela	Netzeitung
Ehlert	Stefan	Hessischer Rundfunk (HR)
Feyerbacher	Renate	Freie Journalistin
Franz	Andreas	MDR Fernsehen
Franz	Daniel	N24 – Parlamentsredaktion
Freyhoff	Anja	Uhlmann & Freyhoff GbR
Ganhewa	Lalith	RBB-Funkhaus Europa Berlin
Gehrke	Mirjam	DW-Radio
Geiger	Laura	Bayerische Gemeindezeitung
Gierstorfer	Carl	Deutsche Welle Global 3000
Goertz	Hajo, Dr.	Pressebüro Goertz
Golte-Schröder	Sybille	DW-World, Leiterin der Hauptabteilung Asien
Graichen	Günter	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)
Guthke	Janina	Der Tagesspiegel
Gutschker	Thomas, Dr.	Rheinischer Merkur
Haile-Michael-Hinz	Yilma	Deutsche Welle
Halász	Gábor	Mitteldeutscher Rundfunk, ARD aktuell
Heine	Michael	Freier Journalist
Herdickerhoff	Thorsten	Frankfurter Rundschau (FR)
Herzog	Martina	BAZ Mediengruppe, Der Westen
Hoegen	Monika	Freie Journalistin
Ibrahim Musah	Musah	AfricaNewsAnalysis
Kahrs	Andreas	DISPLAY MEDIA GmbH

PRESSEMAPPE

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Nachname

Vorname

Kaußen	Stephan, Dr.	Freier Journalist
Killgus	Christoph	Verlag Eugen Ulmer
Kind	Maria	Deutsche Afrika Stiftung e. V., afrikapost
Klink	Dieter	Badisches Tagblatt
Kolb	Christian	SMC Verlag, Der Pressesprecher
Krüger	Tina	Karsten Jahnke Konzertdirektion GmbH
Langlott	Walter	Radio Bremen
Lehmann	Sigi	Uniradio Tübingen
Lindner	Sarah	NDR/Mein Nachmittag
Lucas	Grahame	DW-World, Südasiens
Ludermann	Bernd	welt-sichten
Maack	Rüdiger	WDR5, Zeitgeschehen
Marquardt	Steffen	Deutsche Welle, Radio/Engl. Programm
Mast-Kirschning	Ulrike	DW-World
Meinecke	Stefanie	SWR1 Magazin
Mißler	Matthias	Klarner Medien GmbH
Monajimzadah	Mahmud	Deutsche Welle
Paczulla	Volkhard	Ostthüringer Zeitung
Reglitz	Ellen	epd – Evangelischer Pressedienst
Richter	Alexander	tagesschau.de
Rittel	Claudia Isabel	Freie Journalistin
Salhoff	Philipp	The European Circle
Samimy	Said-Musa, Dr.	DW-World, Afghanistan Redaktion
Sator	Christoph	dpa
Scheffer	Ulrike	Der Tagesspiegel
Schillig	Bianca	Klarner Medien GmbH
Schott	Hendrik, Dr.	Naspers Medien Ltd.
Schwab	Tobias	Frankfurter Rundschau
Spaniol	Vinzenz	www.madagasikara.de
Steiner	Tilman, Prof. Dr.	Bayerisches Fernsehen, MEDIA CONCEPT
Uhlmann	Thomas	ARTE
von Bothmer	Eleonore	Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z)
von Nahmen	Carsten	Deutsche Welle Akademie
Wais	Rudi	Augsburger Allgemeine
Wenkel	Rolf	Deutsche Welle Radio
Wiekling	Elke	Zeitungsgruppe Ostfriesland, General-Anzeiger
Wohlhüter	Karl Jörg	Bayerische Staatszeitung
Ziedler	Christopher	Stuttgarter Zeitung

RÜCKMELDEBOGEN

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

Ihre Meinung ist uns wichtig

Seite 1

Veranstaltung

sehr gut
gut
mittelmäßig
schlecht

SONNTAG, 10. MAI 2009

■ Keynote Speech

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

■ Projektpräsentationen Sonntag

Parallel zur Auswahl:

- Brennpunkt Kongo

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

- Brennpunkt Afghanistan

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

- Vergessener Konflikt: Kolumbien

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

- Vergessener Konflikt: Kambodscha

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

■ Kamingespräch

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

MONTAG, 11. MAI 2009

■ Paneldiskussion

Rolle des zivilen Wiederaufbaus in Afghanistan

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

■ Standpunkt:

Konflikte der Zukunft – Klimawandel als Sicherheitsrisiko

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

■ Projektpräsentationen Montag

Parallel zur Auswahl:

- Ressourcen gerecht verteilen

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

- Frauen in Konflikten stärken

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

- Krisen- und Katastrophenvorsorge

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

- Jugendgewalt vorbeugen

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

■ Abschlussveranstaltung

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

RÜCKMELDEBOGEN

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik – Sicherheit durch Entwicklung

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 10./11. Mai 2009 in Potsdam

Ihre Meinung ist uns wichtig

Seite 2

	<i>sehr gut</i>	<i>gut</i>	<i>mittelmäßig</i>	<i>schlecht</i>
■ Moderation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
■ Pressemappe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
■ Veranstaltungsort	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
■ Organisation der Veranstaltung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
■ Gesamtbewertung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	<i>sehr hoch</i>	<i>hoch</i>	<i>mäßig</i>	<i>keine</i>
Relevanz für die eigene Berichterstattung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anmerkung
.....
.....

Name, Vorname
.....

! Bitte am Info-Counter abgeben oder faxen an: +49 (0)2 41/9 38 88-333